BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
11/12-2015
November/Dezember

FLÜCHTLINGS INTEGRATION

KONZEPTE STATT NOTMASSNAHMEN

GEW

Das Smartphone ist das halbe Leben

Barbara Vorsamer

Barbara Vorsamer
Redakteurin der »Süddeutschen Zeitung«

■ Jugendliche verbringen immer mehr Zeit im Netz, ein Smartphone ist für viele unverzichtbar. Das ist ein zentrales Ergebnis der Shell-Jugendstudie. Zwischen Online- und Offline-Aktivitäten unterscheiden die Befragten kaum. Umso stärker ist die soziale Spaltung. Während Jugendliche der Ober- und Mittelschicht optimistisch in die Zukunft blicken, fühlt sich die Unterschicht abgehängt.

Lebenswichtig, ein Gerät, das vor 15 Jahren noch überhaupt niemand besessen hat? Es scheint so. Die Shell-Jugendstudie, die alle paar Jahre erscheint und sich mit den Vorstellungen der Zwölf- bis 25-Jährigen beschäftigt, kommt zu dem klaren Ergebnis, dass das (mobile) Internet als unverzichtbarer Teil zur Lebenswelt der Jugendlichen gehört.

Während 2002 und 2006 der Zugang zum World Wide Web noch von der sozialen Herkunft abhängig war, ist nun nahezu eine Vollversorgung erreicht. 99 Prozent der Jugendlichen sind online.

Die Nutzung des Internets gehört für 70 Prozent aller Befragten zu ihren häufigsten Freizeitbeschäftigungen. »Sich mit Leuten treffen«, »Musik hören« und »Fernsehen« sind zwar weiterhin ebenfalls in den Top 5, Tendenz jedoch fallend – wahrscheinlich, weil sich viele Aktivitäten einfach ins Netz verlagern. Besonders deutlich wird dies beim Punkt »Zeitschriften oder Magazine lesen«, eine Aktivität, die fast gar keine Bedeutung mehr hat. Im Schnitt sind Jugendliche wöchentlich 18,4 Stunden online, 2010 waren es noch 12,9 Stunden.

Das Netz ist für die Jugendlichen daher auch keine vom realen Leben abgegrenzte Sphäre. Anders als viele ältere Menschen unterscheiden sie bei vielen Aktivitäten nicht, ob sie online oder offline stattfinden. Das Internet ist ein sozialer Lebensraum, in dem man mit dabei sein muss.

In etwas geringerer Ausprägung trifft das auch für die sozialen Netzwerke zu. Während frühere Generationen im Netz noch auf einen in großen Teilen unstrukturierten Raum trafen, dominieren nun große Monopolisten wie Facebook, Google und Apple das Geschehen. Die Jugendforscher um Klaus Hurrelmann fragten daher auch Einstellungen zu diesen Unternehmen ab.

Das Ergebnis: Den Jugendlichen ist mehrheitlich klar, dass die Konzerne mit Daten Geld verdienen. Die Befragten behaupten, vorsichtig mit ihren Daten umzugehen und vertrauen Facebook und Co. wenig bis gar nicht. Drastische Folgen hat diese kritische Haltung aber nicht. Nur 17 Prozent aller Jugendlichen verweigern die Facebook-Nutzung. Und das sind größtenteils die Zwölf- bis 14-Jährigen, die wahrscheinlich nur noch nicht dabei sind.

Smartphones für (fast) alle

Der immense Zuwachs bei den Nutzungszeiten ist vor allem auf die Verbreitung mobiler Geräte – Smartphones – zurückzuführen. Die hatten ihren Siegeszug zwar bereits 2008 mit der Markteinführung von Apples iPhone begonnen, waren aber bei der letzten Jugendstudie 2010 noch kein Produkt, dass sich die breite Masse der Jugendlichen leisten konnte. Inzwischen besitzen 81 Prozent aller Jugendlichen ein Smartphone. Die soziale Herkunft zeigt sich also nicht mehr darin, ob jemand ins Netz kann – sondern wie.

**»Eine Religionslehrerin gab ihren Schülern diese Hausaufgabe: Du musst fliehen. Fülle eine Plastiktüte mit deinen lebenswichtigsten Sachen. Die Schüler packten die unterschiedlichsten Dinge ein.
Aber ein Gegenstand fand sich in jeder Tüte: Ein Smartphone.«**

Jugendliche aus der oberen Schicht verfügen deutlich häufiger über mehrere internetfähige Geräte (im Allgemeinen Smartphone, Desktop-PC, Laptop und/oder Tablet), während die meisten Jugendlichen aus der unteren Schicht Zugang zu höchstens zwei oder nur einem Gerät haben. Da verwundert es nicht, wenn die Zustimmung zu dieser Aussage hoch ist: »Wenn ich mein Smartphone, Tablet oder Notebook verlieren würde, würde mir plötzlich mein halbes Leben fehlen.«

Dass die Schichtzugehörigkeit immer mehr zu einem entscheidenden Merkmal wird, sollte Politik und Gesellschaft beunruhigen. So blicken 61 Prozent aller Befragten optimistisch nach vorne, bei den sozial benachteiligten Jugendlichen erwarten nur 33 Prozent Positives von der Zukunft. Das ist kein Wunder, konstatieren die Autoren der Studie. In keinem anderen Land hängt der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft ab. Beruflicher und gesellschaftlicher Erfolg sind aber wiederum stark abhängig vom Bildungsgrad, so dass kurz gesagt werden kann: Ein Aufstieg durch Bildung ist hierzulande sehr schwierig.

Die Jugendlichen wissen das. Und daher fühlen sich die Mitglieder der Unterschicht abgehängt und zeigen in fast allen Lebensbereichen andere Charakteristika als Mittel- und Oberschichtskinder – die damit ihren Vorsprung immer weiter ausbauen können. Das ist bei der Internetnutzung der Fall. Oder beim Freizeitverhalten: Beschäftigungen, die Kompetenzen stärken, wie Lesen oder kreative Selbstbetätigung, sind in den oberen Gesellschaftsschichten deutlich weiter verbreitet.

Zuerst erschienen in der SZ am 13.10.2015

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden. Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

moment mal

Mengenleere

Die Rechtschreibreform von anno dunnemals? Ein Schuss in den Ofen, oder mit Shakespeare: »Viel Lärm um nichts«. Hätte man uns damals nur das »Dehnungs-h« genommen oder das urdeutsche »ß« endgültig aus der Computertastatur verbannt, mein Respekt vor den Regulatoren der deutschen Sprache wäre gewaltig gewachsen. So aber ist die leere Menge ein gutes Symbol für die Rechtschreibregeln. Sie sind an »Eindeutigkeit« nicht zu übertreffen, aber kein Mensch legt sich gern fest, unter welchen Umständen Wörter klein oder groß, getrennt oder zusammen geschrieben werden. Die derzeit praktizierte Beliebigkeit erzeugt eine ungeahnte Vielfalt an Möglichkeiten – insofern handelt es sich um eine grandiose Bereicherung nicht der deutschen Sprache, sondern vielmehr um die der einschlägigen Schulbuch-Verleger. Lieber Gott, nimm uns endlich das Dehnungs-h mitsamt der deutschen Umlaute und schicke das ß zur Hölle. Ansonsten gib a Rua und kümmere Dich nicht mehr um die Groß- oder Kleinschreibung. f.

In-Team

Eigentlich arbeiten wir ja in der Redaktion bedeutend ruhiger, seit wir zu einem zweimonatigen Erscheinen übergegangen sind. Die Schwerpunkte können besser geplant werden, die AutorInnen haben mehr Zeit zum Schreiben. Aber zum Schluss kommt doch manchmal Hektik auf, weil Artikel noch nicht da sind oder sich Termine häufen. So dieses mal: Kurz vor der Korrektur hatten wir einen Bremer Gewerkschaftstag, auf dem vieles zu besprechen war (siehe die nächste Seite). Ein Ergebnis der Debatte: Demnächst sollen – wenn die Satzung geändert wird – die Gremien der GEW quotiert besetzt werden. Für uns wäre das ein großer Fortschritt. Mit Emmi ist zurzeit nur eine Frau in der Redaktion. Zwei Kolleginnen (Barbara Leysieffer und Martina Hilmer) haben in den letzten Jahren aufgehört.

In einem halben Jahr wird die Redaktion auf der Bremer Mitgliederversammlung und der Bremerhavener Delegiertenversammlung neu gewählt. Also: Wer Lust hat zu schreiben, ist eingeladen bei uns hereinzuschauen. Wir würden uns freuen! j.b.

Planung

Heft 01/02-2016: Personalratswahlen
Redaktionsschluss: 11.01.2016

Bildung – Politik – Gesellschaft

22 Landesbeamte: Angebot abgelehnt
B. Winkelmann

23 GrundschullehrerIn heute
H. Brügelmann

25 Knut Düwelhenke
F. Berghorn

Flüchtlingsintegration

7 Vorwort
J. Burger

8 Interview Bremer Flüchtlingsrat
J. Burger

10 Hausbeschulung im Bundeswehrhochhaus
K. Krüger

12 Deutsch als Zweitsprache
J. Burger

13 Die Vorkursschule
K. Krüger

14 Abschied von der »demographischen Rendite«
B. Winkelmann

15 »Help a Refugee«
W. Meyer

16 Bremer Vorkurs-Stadtplan

18 Papierlose Kinder
J. Funck u.a.

19 Niedersachsen stockt Etats auf
E. Brandt

20 Lob den Schleusern
S. Mertens

21 Baut Wohnungen!
S. Körzell

Rubriken

2 Shell-Jugendstudie
B. Vorsamer

4 Landesvorstand
27 Gratulationen
28 Buchtipps
30 Frischluft
30 Leserbrief »Medienkompetenz«
31 Hinweise
32 Termine

BLZ

November/ Dezember 2015
63. (75.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 39 84
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 0179-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

■ Am 23. und 24. November fand der diesjährige Bremer Gewerkschaftstag der GEW statt. Diskutiert wurden insbesondere Aktivitäten gegen die zu hohe Lehrerarbeitszeit und gegen prekäre Beschäftigung an den Schulen. Weitere Themen waren u.a. ein Positions- und Forderungspapier zur Inklusion, das Zukunftsforum LehrerInnenbildung und die weitere Organisationsentwicklung. Außerdem stand die Neuwahl des Landesvorstandes und der LandesvorstandssprecherInnen an.

Politische Projekte und innergewerkschaftliche Konflikte

Bremer Gewerkschaftstag diskutiert Arbeitszeit und plant Satzungsänderung

Am ersten Tag stellte Heidi Schuldt, Referentin für Rechtsschutz im GEW-Landesverband Niedersachsen, den Erfolg des Landesverbandes vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg dar. Mit einer Normenkontrollklage gegen die Arbeitszeitverordnung war es gelungen, die vor einem Jahr verhängte Pflichtstundenerhöhung für GymnasiallehrerInnen abzuwehren. In der Diskussion wurde deutlich, dass dieses Urteil auch für andere GEW-Landesverbände von Bedeutung ist. Mit seinen neuen Aspekten ermutigt es dazu, in der Auseinandersetzung um die LehrerInnenarbeitszeit nicht nachzulassen und eigene Initiativen zu ergreifen. Hierzu wurden zwei Anträge mit Handlungsempfehlungen verabschiedet.

Alle Beschlüsse unter: www.gew-hb.de

Heidi Schuldt berichtete über die Arbeitszeit-Auseinandersetzung in Niedersachsen

In einer persönlichen Erklärung gab am zweiten Tag Petra Lichtenberg vor den Wahlen bekannt, dass sie sich aufgrund von internen Konflikten im Geschäftsführenden Landesvorstand entschlossen hat, nicht mehr zu kandidieren. Dieser Schritt wurde von vielen Delegierten des Gewerkschaftstages bedauert, zumal nach ihrem Rückzug keine einzige Frau im Geschäftsführenden Landesvorstand vertreten ist. Es bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass neben den persönlichen Differenzen auch strukturelle Probleme zu dieser Situation geführt haben. Ein Antrag, im GLV eine 50%ige Quotierung zwischen Frauen und Männern einzuführen, wurde begrüßt. Allerdings konnte darüber noch nicht beschlossen werden, da hierzu eine Satzungsänderung notwendig ist. Also beschlossen die Delegierten, einen außerordentlichen Gewerkschaftstag innerhalb des nächsten Jahres anzusetzen, der durch eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes vorbereitet wird. Diese Gruppe soll Vorschläge zur Organisationsentwicklung erarbeiten, die dort zusammen mit einem satzungsändernden Antrag vorgestellt und abgestimmt werden.
In den anschließenden Wahlen wurden Bernd Winkelmann (mit einer Gegenstimme) und Christian Gloede (mit 10 Gegenstimmen) als Landesvorstandssprecher wiedergewählt. Nick Strauss ist der bisherige und neue Schatzmeister.

j.b.

Petra Lichtenberg (2. v. r.) trat nicht wieder zur Wahl an und wurde mit Dank verabschiedet

Das gehört angezeigt!

Die Gefährdungsanzeige – ein Mittel die Überlastung von Lehrkräften zu bekämpfen?

Arno Armgort

■ Seit Jahren protestieren die bremischen Lehrkräfte gegen die ständig steigenden Belastungen. Diese haben im Wesentlichen zwei Ursachen: Erstens ständig neue zusätzliche Aufgaben im außerunterrichtlichen Bereich und zweitens die völlig unzureichende Personalausstattung der Schulen und der ReBUZ als Folge der strukturellen Unterfinanzierung des bremischen Bildungswesens.

Die Ausweitung der Dokumentationsverpflichtungen, die Erarbeitung von Schulprogrammen und -profilen, die Umsetzung der Schulreform und die Einführung der Inklusion ohne ausreichende Entlastungsstunden für die dazu notwendige höhere Kooperation haben die Belastung der Beschäftigten in den letzten Jahren erheblich erhöht. Die Ausweitung des Ganztagbetriebs an Schulen kommt noch hinzu.

Die ungenügende Personalausstattung führt zu größeren Klassen und Kursen, zu einer nicht ausreichenden Vertretungsreserve, insbesondere für Sonderpädagog*innen, zu ständiger Mehrarbeit, zur Aufhebung von Doppelbesetzungen in der Inklusion, zur gleichzeitigen Mehrfachbetreuung von Klassen, zur Aufteilung von Klassen. In den ReBUZ können notwendige Stellen nicht besetzt werden, weil die Mittel dazu fehlen.

Unsere bisherigen Proteste und Aktionen konnten noch keine grundlegende Änderung dieser falschen und das öffentliche Bildungswesen gefährdenden Finanzpolitik erreichen. Wir konnten zwar weitergehende Kürzungspläne z.T. verhindern, wir konnten eine gewisse Aufstockung der Vertretungsreserve erreichen. An den grundlegenden Mängeln hat sich trotz diverser Versprechungen nichts geändert. Keine Schippe drauf, keine »200 Lehrer mehr an der Tafel«.

Diese Situation belastet die Gesundheit und führt zu Gefährdungssituationen der betroffenen Kolleg*innen und der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Gefährdet ist auch der öffentliche Bildungsauftrag. Unser Dienstherr kommt seiner Fürsorgepflicht nicht nach. Das führt auch zur Nichteinhaltung arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen.

Aufruf an alle Lehrkräfte

Deshalb hat der Personalrat Schulen alle Lehrkräfte aufgefordert das Mittel der Gefährdungsanzeige zu nutzen, wenn sie vom Dienstherrn in eine Situation gebracht werden, die ihre Gesundheit oder die ihrer Schüler*innen gefährdet bzw. gefährden könnte. Das Arbeitsschutzgesetz fordert eine solche Gefährdungsanzeige geradezu, wenn Beschäftigte in eine Situation gebracht werden, die eine Gefahr für Sicherheit oder Gesundheit darstellt. Das kann eine fehlende Assistenzkraft in einer Inklusionsklasse sein, das kann die Verpflichtung zur Mitbetreuung einer Klasse in einem anderen Raum sein, dass kann regelmäßige Mehrarbeit sein. Wichtig ist, dass die Gefährdung konkret benannt und begründet wird. Gleichzeitig schützt die Gefährdungsanzeige, weil angezeigt wird, dass für eine bestimmte Situation keine Verantwortung übernommen werden kann. Die Verantwortung wird dahin zurückgegeben, wohin sie gehört: zum Dienstherrn. Das sind nicht die ebenfalls überlasteten Schulleitungen als direkte Vorgesetzte, sondern die senatorische Behörde. Wir wollen die Gefährdungsanzeige nutzen, um die Überlastung zu dokumentieren und den Dienstherrn zu verpflichten, die Gefährdungssituation abzustellen. Außerdem kann der Personalrat die Anzeige nutzen, um durch einen Initiativantrag eine entsprechende Maßnahme einzufordern, sowohl für einzelne Kolleg*innen als auch für mehrere bei gleicher Belastungssituation. Die Gefährdungsanzeige ist natürlich kein sofort wirkendes Wundermittel, das alle Probleme löst. Aber wir hoffen, dass die massenhafte Dokumentation nicht tragbarer Bedingungen mobilisierend auch für die öffentliche Debatte wirkt und wir die Arbeitsschutzgesetzgebung nutzen können, um eine Entlastung der Beschäftigten zu erreichen.

Arno Armgort
ist Vorsitzender des Personalrats Schulen Bremen.

Gut informiert mit dem GEW-Newsletter

■ Einen schnellen Überblick über Aktivitäten und Angebote der GEW Bremen bietet der regelmäßig (etwa monatlich) an unsere Mitglieder verschickte E-Mail-Newsletter.

Links zu wichtigen Terminen und Positionen dürfen dabei ebenso wenig fehlen wie Hinweise zu rechtlichen Änderungen oder Einladungen zu den für Mitglieder kostenlosen GEW-Kino-Previews.

Wer unseren Newsletter bisher nicht bekommt, sollte überprüfen, ob er oder sie uns die korrekte Mailadresse mitgeteilt hat.

Beitragsanpassung

■ Am 5. Oktober wurde das »Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen« verkündet. Damit gibt es nun die formale Rechtsgrundlage für die bereits vor der Bürgerschaftswahl von den Gewerkschaften durchgesetzte und seit Juli ausgezahlte Besoldungsanpassung. Mit den Bezügen steigt auch der Gewerkschaftsbeitrag um 2,1 % für Beamte und Versorgungsempfänger. Das wird beim nächsten Einzug auch rückwirkend berücksichtigt.

Nick Strauss

Aktionswoche Traumjob Wissenschaft

Inge Kleemannn
Hochschulfeferentin der GEW Bremen

■ Am Donnerstag, dem 05. November wurde im Bundestag in der ersten Lesung über die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetztes (WissZeitVG) verhandelt. Nicole Gohlke, Abgeordnete und hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke hob in ihrer Rede das Ziel hervor, »dass die sozialversicherungspflichtige Dauerstelle wieder zum Normalfall wird in der Wissenschaft.« Explizit dankte sie in Ihrer Rede den Gewerkschaften und den Aktiven an den Hochschulen dafür, dass sie kontinuierlich Druck gemacht haben.

Die Kampagne der GEW für Gute Arbeit in der Wissenschaft, besonders aber zur Novelle des WissZeitVG, kann sich in der Tat sehen lassen. Die GEW hat 2010 mit dem »Templiner Manifest« unter dem Motto »Traumjob Wissenschaft« zehn Eckpunkte für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung vorgelegt, die von mehr als 10.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern unterstützt werden. 2012 hat die GEW mit dem Herrschinger Kodex »Gute Arbeit in der Wissenschaft« aufgezeigt, wie sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu berechenbaren Karrierewegen und stabilen Beschäftigungsbedingungen verpflichten können. Mit dem Köpenicker Appell »Jetzt die Weichen für den ›Traumjob Wissenschaft‹ stellen!« hat die GEW 2013 die neue Bundesregierung zu einem 100 Tage – Programm für gute Arbeit in der Wissenschaft aufgefordert und unter anderem eine zügige Novellierung des WissZeitVG eingefordert. Hinzu kommen unzählige Informationsveranstaltungen und Gespräche mit Politikerinnen und Politikern auf der Bundes- und Landesebene. Nicht zuletzt ist hier ein eigener Gesetzesentwurf zur Novelle des WissZeitVG zu nennen, mit dem die GEW nicht nur die eigenen Positionen erneut veröffentlicht, sondern auch den Druck auf den Bundestag, die Novelle endlich in Angriff zu nehmen erhöht hat.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf stellt aus Sicht der GEW zwar einen Schritt in die richtige Richtung dar, bleibt aber in vielen Punkten zu vage und lässt zu viele Schlupflöcher für Befristungen offen. Auch der Bundesrat hat eine Überarbeitung des Gesetzesentwurfs angemahnt und folgt dabei einigen Vorschlägen der GEW. Der Bundesrat forderte unter anderem Mindestvertragslaufzeiten, die Aufhebung der Tarifsperre und die verbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente. Während die Bundesregierung zu letzterem Diskussionbereitschaft signalisiert hat, weist sie die Aufhebung der Tarifsperre sowie auch festgesetzte Vertragslaufzeiten zurück mit dem Hinweis auf die »Vielfalt der in der Praxis existierenden Ausgestaltungen« zurück und hält an einer wachsweichen Formlierung fest. Dennoch ist das letzte Wort bei der Novelle noch nicht gesprochen. Abzuwarten bleibt die öffentliche Sachverständigen-Anhörung im Bundestagsbildungsausschuss, zu der auch Andreas Keller geladen ist.

Um den Druck auf den Bundestag zu erhöhen, hatte die GEW vom 2. bis 6. November eine Aktionswoche Traumjob Wissenschaft ausgerufen, an der sich bundesweit tausende Kolleginnen und Kollegen bei über 100 Aktionen und Veranstaltungen an Wissenschaftsstandorten beteiligt haben. Auch in Bremen haben wir eine Aktion auf dem Campus der Universität gemacht. Mit zwanzig Würfeln haben wir das Verhältnis von neun befristeten zu einer unbefristenen Stelle in der Wissenschaft aufgezeigt. Nachdem wir zur Mensazeit einen Infostand vor der Mensa aufgebaut hatten und dort zahlreiche gute Gespräche mit interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden geführt hatten, haben wir unsere Würfel vor dem Eingang des Verwaltgungsgebäudes aufgebaut. Dort wollten wir die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Medien und Informationsfreiheit mit dieser Situation konfrontieren, die nach einem Rundgang über dem Campus im Verwaltungsgebäude mit ihrer Sitzung beginnen wollten. An diesem Tag haben wir allerdings gelernt, dass zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktion manchmal auch ein Spurt gehört. Sehr kurzfristig haben wir erfahren, dass die Ausschussmitglieder den Hintereingang benutzen wollten. Trotzdem und in aller Schnelle ist es uns gelungen, den Ausschuss zu begrüßen und unsere Flugblätter zu verteilen.

Im Namen der GEW Bremen möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die sich an der Aktionswoche beteiligt haben, indem sie sich Aktionsformen überlegt und anschließend Kisten gefaltet, gesprüht und geschleppt haben, Transparente gemalt und Artikel für die Semesterzeitung geschrieben haben, den Infostand betreut oder aber Plakate geklebt haben. Ohne Euch wäre diese phantastische Aktionswoche nicht möglich gewesen.

Ein ausführlicher Bericht ist unter www.traumjob-wissenschaft.de abrufbar. Die Pressemitteilungen der GEW Bremen sind unter www.gew-hb.de/wissenschaft/ zu finden.

Flüchtlingsintegration: Konzepte statt Notmaßnahmen!

Jenseits von Panikmache und rechter Propaganda ist die Frage, wie die Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer gelingen kann, eine große Herausforderung. Und dabei ist die gegenwärtige Bundespolitik keine Hilfe. Während die Kanzlerin beteuert »wir schaffen das«, bedienen der Innenminister und der bayrische Ministerpräsident Stimmungen der Fremdenfeindlichkeit und lässt der Bundesfinanzminister die Länder und Kommunen mit seiner restriktiven Haushaltspolitik im Stich.

Diesen gefährlichen Tendenzen entgegen zu wirken bedeutet für uns als Bildungsgewerkschaft, gegen Fremdenfeindlichkeit Stellung zu beziehen und realistische und mutige Konzepte einzufordern, die die Integration der Kinder und Jugendlichen in den Bildungsbereich ermöglichen. Und eben diesen Mut finden wir bei den Bremer Landespolitikern viel zu selten. Klar ist, dass zur Bewältigung der neuen Aufgaben massive finanzielle Unterstützung vom Bund unerlässlich ist. Aber wo wird diese nachdrücklich öffentlich eingefordert? Statt den Finanzbedarf für die Flüchtlingsintegration offensiv zu vertreten, kündigt die Senatorin für Kinder und Bildung intern Klassenfrequenz-Erhöhungen an. Die Beschäftigten an den Schulen sollen noch stärker belastet werden, damit der Bremer Senat finanzpolitisches Wohlverhalten demonstrieren kann. Eine solche Politik steht im Widerspruch zu den »Refugees welcome«-Bekundungen. Anlässlich der Haushaltsberatungen der Bürgerschaft im Dezember sollten die Schulen dagegen protestieren.

Jürgen Burger

»Es geht um ein mittelfristiges Konzept«

Interview mit Marc Millies (Bremer Flüchtlingsrat)

Marc Millies
Bremer Flüchtlingsrat

■ **BLZ:** *Seit dem Sommer steigen die Flüchtlingszahlen sehr stark an. Was sind die Ursachen?*
Marc Millies: Es gibt sicher viele Faktoren, die zusammenkommen. Zum einen ist ja durch das UNO-Flüchtlingskommissariat öffentlich bekannt geworden, dass in den Anrainerländern Syriens die Versorgung der Flüchtlingslager schwach wurde bzw. ganz ausgefallen ist, weil die sieben Milliarden, die die Weltgemeinschaft zahlen müsste, offen sind. Das bedeutet, dass die Menschen dort nicht mehr ernährt werden können und aus Existenzgründen die Lager verlassen haben. Zum anderen finden die Auseinandersetzungen in Syrien jetzt in einer neuen Dimension statt. Außerdem steigt zum Herbst ohnehin die Zahl der Flüchtlinge, weil die Routen zum Jahresende schlechter passierbar werden. Gleichzeitig ist festzustellen, dass sich die Zusammensetzung der Menschen verändert hat. Im Sommer waren die Zahlen aus dem West-Balkan sehr hoch, im Moment kommen aus diesen sechs Staaten nur noch etwa 10%.

BLZ: *Wie beurteilen die Flüchtlingsräte die Politik der Bundesregierung?*
Marc Millies: Wir haben die schwerwiegendste Veränderung des Asylrechts der letzten 20 Jahre. Hinzu kommt, dass es schon im letzten Herbst Entscheidungen zum Thema »Sichere Herkunftsländer« gab. In diesem Sommer wurden Veränderungen in Bezug auf die Inhaftierung von Flüchtenden vorgenommen – bei Ablehnung und als Prävention gegen das sog. Untertauchen. Jetzt wurde die Liste der »Sicheren Herkunftsländer« ausgeweitet. Und die Bestimmungen für die Unterbringung wurden generell per Gesetz verschlechtert. Es sind jetzt sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen zulässig – und das sind bei uns in Bremen ja hauptsächlich Zelte. Und es ist möglich, dort nur Sachleistungen zur Verfügung zu stellen: Das sog. Taschengeld, bei dem es sich um das kulturelle Existenzminimum handelt, muss danach nicht mehr ausgezahlt werden. Glücklicherweise sagen die ersten Stimmen aus Bremen, man werde sich daran nicht halten, weil das ein Rückschritt wäre und die Bürokratisierung steigen würde. Wir hoffen, dass das stimmt. Alles andere wäre tatsächlich unakzeptabel und nicht nachvollziehbar. Das schlimmste ist aber das »Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz«, das vorsieht, dass Menschen aus den »Sicheren Herkunftsländern« schneller abgeschoben werden und in »Clustern«, d.h. in Sonderlagern untergebracht werden können – Bayern hat es vorgemacht.

BLZ: *Was spricht aus Sicht der Flüchtlingsräte gegen diese Definition der Westbalkan-Länder als »Sichere Herkunftsländer«?*
Marc Millies: Zum einen ist es schon verdächtig, wenn man eine Gruppe von Ländern mit einem deutschen Gesetz für »sicher« erklärt. Die Situation der Menschen dort wurde nicht im Detail angesehen. Wir sind in verschiedenen dieser Länder als Recherche – Gruppe unterwegs gewesen, zuletzt in Mazedonien, und haben vor Ort mit Menschenrechtsorganisationen gesprochen. Sie belegen organisierte Diskriminierung von Angehörigen von Minderheiten. Die Hauptgruppe waren in diesem Falle Roma. Am Beispiel des Kosovo wird die Kritik besonders deutlich: Dort sind KFOR-Soldaten – darunter Hunderte von deutschen – anwesend, die für Sicherheit sorgen sollen. Diese Militärpräsenz widerspricht der Definition eines »Sicheren Herkunftslandes«. In einem Gutachten des Rechtsprofessors Norman Paech wird das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz als verfassungswidrig eingeschätzt. Wir kennen viele Einzelfälle aus diesen Ländern, die nicht zu berücksichtigen fahrlässig wäre.

BLZ: *Bremen ist als Großstadt einer der Haupt-Anlaufpunkte von Flüchtlingen, gerade auch von unbegleiteten Minderjährigen. Wie sind die politisch Verantwortlichen bisher damit umgegangen und welche Forderungen hat der Flüchtlingsrat?*
Marc Millies: Maßgeblich sind für uns menschenwürdige Unterbringung und der Zugang zu einer Integrationsstruktur – sprich der Zugang zu Teilhabe. Wir haben uns in den Jahren 2011 bis 2013 erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Recht auf eine private Wohnung nach drei Monaten ermöglicht wird. Im vergangenen Jahr und bis Mitte dieses Jahres konnten jeweils 1000 Menschen in Privatwohnungen ziehen. Zu bemängeln ist, dass auf der Basis dieser Erfolge keine Entscheidungen getroffen wurden, die in Zukunft ein Leben nach dem Zelt ermöglichen. Sprich: Es geht um den Wohnungsbau. Und dieses Thema betrifft nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch Studierende, Rentner und alle Menschen, die nicht viel Geld zur Verfügung haben. Dieser Schritt bleibt aus und das hat zur Folge, dass wir jeden Monat diskutieren, welches Zelt und welche Turnhalle angemessen ist oder nicht. Wir halten diese Unterbringung nicht für menschenwürdig, insbesondere nicht für Kinder und Jugendliche. Dafür gibt es klare Regelungen für die Unterbringung, und es gibt verschiedene Konventionen, u.a. die Kinderrechtskonvention, die die besondere Schutzbedürftigkeit dieser Gruppe festschreiben. Es ist unverständlich, dass die Landesjugendbehörde die gegenwärtigen Zustände toleriert. Es sind Betreuungsschlüssel vorgegeben, es ist der Zugang zur Schule vorgegeben, und all dies ist nicht gewährleistet. Dieser Zustand ist für uns nicht akzeptabel.

BLZ: *Was müsste passieren?*
Marc Millies: Wir hören immer wieder, dass es zum einen zu wenige Träger gibt, zum anderen zu wenige Einrichtungen, die sich herrichten ließen, und dass es zu wenig Fachkräfte gibt. Aber statt dieses immer zu wiederholen, müssten Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden, müssten die Rahmenbedingungen für die Träger verbessert werden, sodass

eine adäquate Betreuung möglich wird. Und es muss Neubauten geben. Es geht um ein mittelfristiges Konzept, nicht auf sechs Monate, sondern auf sechs Jahre.

BLZ: *Was ist von einer Zentralisierung der Vorkurse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu halten, wie dies in der Bildungsdeputation als Überlegung angekündigt wurde?*
Marc Millies: Aus bürokratischer Sicht erscheint eine Zentralisierung vermeintlich einfacher und effektiver. Aber hier handelt es sich um Menschen in außergewöhnlichen individuellen Situationen, und dem kann man nur Rechnung tragen, wenn man Zeit und Raum dafür hat. Das kann man in zentralen Einrichtungen nicht. Das geht nur in kleinen Gruppen.

BLZ: *Wie verläuft die Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen Stadtteile?*
Marc Millies: In manchen Stadtteilen wird kritisiert, dass dort vermeintlich zu viele Flüchtlinge ankommen und sie zu große Integrationsaufgaben zu bewältigen hätten. Dazu grundsätzlich: Die Stadtteile sind sehr unterschiedlich und bieten unterschiedliche Vor- und Nachteile. Ein Stadtteil mit guter Infrastruktur ist immer auch attraktiver, andere Stadtteile haben eine gewisse BewohnerInnen- und auch Mietpreis-Struktur, die Personengruppen leicht ausgrenzt. Wichtig ist, darauf zu schauen, dass es auch da zu keiner Zentralisierung kommt und dass die neuen BremerInnen die Möglichkeit haben, in der Nachbarschaft anzukommen, dass sie Teilhabe-Möglichkeiten haben. Das ist in einigen Stadtteilen leichter möglich als in anderen. Das heißt aber nicht, dass diese Möglichkeiten in diesen Stadtteilen nicht geschaffen werden könnten. Wir merken an dem vielen Zuspruch und dem Interesse, an den Fragen vieler Menschen, wie sie helfen können, dass es schon einen Kreis gibt, der sich interessiert. Der Kontakt kann über das Ortsamt gehen, über die Kirchengemeinde, über den Sportverein oder über die Schule. Räume für Begegnungen zu schaffen ist nicht nur ein Flüchtlingsthema, sondern betrifft alle im Stadtteil.

BLZ: *Wir rechnen bei bis zu 4000 Kindern und Jugendlichen in den Schulen mit ca. 10 Mio. zusätzlichen Kosten für die 250 Vorkurse und mindestens 25 Mio. Mehrbedarf für die Integration in den regulären Unterricht.*
Marc Millies: Wir fordern, dass der Bund stärker an der Finanzierung beteiligt wird. Wir halten eine Praxis für perfide, die stärkere Bundesförderung quasi als »Belohnung« für die Zustimmung der Länder zu einer stärkeren Abschottungspolitik einsetzt. Jetzt sind schon Afghanistan und die Türkei in der Diskussion über die Ausweitung der »Sicheren Herkunftsländer«. Das wäre eine fatale Entwicklung. Der Bund muss seine Aufgaben bei der Integration erfüllen. Insbesondere auch in der Wohnungsbaupolitik.

BLZ: *Was wären die langfristigen gesetzlichen Alternativen? Wie steht der Flüchtlingsrat zu der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz?*
Marc Millies: Wir sind auf jeden Fall dafür, dass es legale Zugangswege geben muss. Dazu könnte ein Einwanderungsgesetz ein Baustein sein, nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum Asylrecht. Botschaften und Konsulate müssen neue Aufgaben übernehmen. Der demographische Wandel hält an und Deutschland muss im Zeitalter der Globalisierung junge Menschen aufnehmen und integrieren. Davon können alle generationsübergreifend profitieren.

BLZ: *Vielen Dank für das Interview.*

Die Fragen stellte Jürgen Burger

Die GEW fordert ein Konzept und ausreichenden Finanzierung

■ Die Mitgliederversammlung der GEW Bremen für den Bereich Schulen hat in einem offenen Brief an den Senat nachdrücklich davor gewarnt, angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen mit halbherzigen Notprogrammen zu reagieren. Bis zu 4000 Kinder und Jugendliche brauchen nicht nur aktuell Deutsch-Vorkurse, sondern werden auch dauerhaft im Schulsystem und in der Berufsvorbereitung bleiben. Bisher wurde von der Senatorin für Kinder und Bildung noch kein Konzept zur Bewältigung dieser Aufgabe vorgelegt.
Vor allem muss in den Finanzberatungen berücksichtigt werden, dass für ca. 4000 Kinder und Jugendliche ein Zusatzbedarf von mindestens 25 Mio. Euro benötigt wird, wenn die ohnehin mangelhafte Finanzausstattung der Bremer Schulen nicht noch weiter verschlechtert werden soll (6300 Euro im Jahr pro SchülerIn, in den anderen beiden Stadtstaaten 7400 Euro). Wird dieser Bedarf nicht finanziert, drohen für alle Bremer SchülerInnen erhebliche Standardverschlechterungen. Begonnene Reformen, wie die Inklusion und der Aufbau der Oberschule wären massiv gefährdet. Das würde insbesondere die Schulen in Stadtteilen mit hoher Armutsquote treffen.
Die 200 vom Bürgermeister versprochenen Lehrerstellen (von denen bisher nur 120 finanziert sind) werden nicht ausreichen. Sie waren schon vor dem Flüchtlingsstrom zugesagt, um den Unterrichtsausfall zu minimieren und die Inklusion abzusichern.
Jetzt ist eine drastische Zusatzfinanzierung nötig. Die GEW fordert den Senat auf, die erforderlichen Mittel einzuplanen und bei der Bundesregierung auf entsprechende Zuschüsse zu dringen. j.b.

■ An vielen Bremer Schulen entstehen Vorkurse, aber Unterrichtsräume sind nur begrenzt vorhanden. Auch deshalb werden in mehreren Flüchtlingsunterkünften Hausbeschulungen für Kinder und Jugendliche durchgeführt. Ein Besuch im Bundeswehrhochhaus.

»Die Integration muss warten«

Karsten Krüger

Der Blick aus dem 6. Stock über die Stadt ist grandios, aber die Aufmerksamkeit der Flüchtlingskinder ist ganz bei ihrer »Anze«. »Anze« ist ihr Wort für ihre Vorkursleiterin und Lehrerin. Der Name »Frau van der Westhuizen« ist den Sechs- bis Elfjährigen viel zu lang und viel zu schwer auszusprechen. Jeden Tag von 10 bis 12 Uhr lernen die Kinder Deutsch im Raum 6.01, nachmittags sind die etwas Älteren an der Reihe – auch eine sehr heterogene Gruppe von zwölf- bis 17-jährigen Flüchtlingen.

In ihrem Klassenzimmer stehen vier Tische, eine Rolltafel, unterschiedlich hohe Stühle, zwei Regale, ein Waschbecken, auf dem Fensterbrett eine Gitarre – und mittendrin elf Schülerinnen und Schüler auf nur 18 Quadratmetern. Vorkursleiterin Sonja van der Westhuizen ist schon froh über diesen Raum. Der eigentlich geplante in der Falkenstraße 45 – direkt an der Hochstraße – war noch kleiner. Problematischer als die Enge ist für sie die schlechte Ausstattung. »Das Budget reicht nicht aus und im Haus ist auch kein Kopierer«, klagt van der Westhuizen. Die Anschubfinanzierung der Bildungsbehörde war schnell aufgebraucht. Sie muss sich um vieles selbst kümmern, und sie muss vor allem multiprofessional sein. Die engagierte Lehrerin ist Übersetzerin, Inklusionsbeauftragte, Kleidungsspenderin, Alltagsberaterin für viele Familien in einer Person. »Und Raumpflegerin«, ergänzt van der Westhuizen. »Das Putzteam vergisst unseren Klassenraum immer.« Zuletzt musste sie auf den Tisch hauen. Die sanitären Anlagen waren verdreckt und für ihre Schüler/innen mal wieder nicht benutzbar. Daneben besorgt sie auch Kugelschreiber, Kinderwagen, auch Vitamintabletten.

Trotz des kleinen Klassenzimmers sind die Flüchlingskinder und ihre Lehrerin engagiert bei der Sache.

Hausbeschulungen werden derzeit an vier Standorten mit je zwei Kursen angeboten (neben dem Bundeswehrhochhaus, auch in der Reepschlägerstraße, im Hempenweg, am Vegesacker Bahnhof). Derzeit gibt es 24 Übergangswohnheime. An den anderen 20 soll auch bald Deutschunterricht stattfinden, so das Ziel der Bildungsbehörde. Koordinator Helmut Kehlenbeck, der derzeit vorwiegend mit dem Aufbau eines Vorkurs-Netzwerkes an regulären Schulen beschäftigt ist, verspricht auch bei den Hausbeschulungen »die Strukturen zu verbessern«.

Im Bundeswehrhochhaus versucht Sonja van der Westhuizen alles, um den Start für der Kinder zu erleichtern. »Ich bekomme hier viel mit. Traurige Geschichten, die berühren mich.« Schon häufig hat sie erfahren, dass Kinder von ihren Eltern geschlagen werden oder auch Gewalt gegen Frauen ist unübersehbar. »Da muss ich doch zuhören und helfen.« Hilfe bekommt sie aber auch zurück – von ihren kleinen, wissbegierigen Zuhörern. »Meine Kinder sind meine Kollegen. Sie helfen sich gegenseitig, haben ein Gespür für Solidarität. Sie merken, wenn es jemanden nicht gut geht.« Krank werden darf sie allerdings nicht, denn dann fällt der Unterricht ersatzlos aus. Und krank war sie bisher noch nicht, versichert van der Westhuizen. Dennoch macht sich ihr Umfeld Sorgen. »Ich werde häufig gefragt: Sonja, wie lange hältst du diesen Knochenjob noch aus?«

Die Vorkurslehrerin hält ihn seit Schuljahresbeginn aus. Und nicht nur das, die Arbeit macht ihr Spaß. »Ich liebe die Kinder und ich bin belastbar. Die Anstrengungen und Probleme verlieren an Bedeutung, wenn zum Beispiel eine Mutter sagt, ihre Tochter mit Förderbedarf hätte jetzt mehr Selbstbewusstsein und würde sogar wieder singen.«

Gäste im Unterricht (so wie der Autor dieser Zeilen) merken sofort, was hier oben in der 6. Etage wichtig ist und dass Betreuer flexibel sein müssen. Van der Westhuizen bestätigt dies mehrmals im kurzen Gespräch. »Improvisation ist angesagt.« Mit einer kontinuierlichen Lerngruppe kann die Vorkursleiterin nicht arbeiten. Sie schickt oft Kinder zum Wecken der Mitschüler, die wegen der Unruhe im Hochhaus nicht immer genügend Schlaf bekommen. »Es können jederzeit mehrere Schüler, auch unangemeldete, in die Tür kommen. Und es gehen auch viele ebenso schnell wieder.« Das Zauberwort heißt »Transfer«. Abdul aus Afghanistan hat heute seinen letzten Tag, seine Familie zieht in eine Wohnung nach Bremen-Nord. Er bekommt zum Abschied von seiner Lehrerin den selbstgebastelten Kopfschmuck als Geschenk.

Der Unterricht beginnt meistens mit dem Erkunden von neuen Buchstaben und Wörtern. Danach kommen Bastel- und – wenn die Konzentration nachlässt – auch Spielphasen. »Wegen Feuergefahr dürfen wir aus Honigwachs leider keine Kerzen basteln. Dann bauen wir damit einfach Häuser.« Es wird auch gerechnet, gemalt und gesungen. Das Lieblingslied der Kinder ist gerade »Laterne, Laterne, Sonne, Mond und Sterne«. Es hört sich ein bisschen schräg an, aber die jungen Sänger sind schon textsicher. »Das hier ist ein Mix aus Kindergarten und Grundschule«, so die Vorkursleiterin. Beliebt zum Schluss des Vormittags ist das »Bello-Bello-Spiel. Dabei gibt es immer Schokoladentaler als Preis. Kurz vor 12 Uhr stellen sich die Kinder in einer Reihe auf, nach der Verabschiedung geht die Tür auf und die Kinder flitzen über die Flure und zum Fahrstuhl. Die Eltern der Kinder, die direkt neben und unter dem Unterrichtsraum ihre Schlafzimmer haben, sind froh über den täglichen Unterricht, über die Ablenkung für ihre Kleinen und sie haben so vormittags Zeit, Behördengänge oder Arztbesuche zu organisieren.

**Das Bundeswehrhochhaus in der Falkenstraße: in den sechs unteren Etagen sind derzeit Flüchlingsfamilien untergebracht.
Darüber wird gebaut.**

Das Bundeswehrhochhaus liegt mitten in der Stadt, aber viele Bewohner haben dennoch kaum Kontakt zu Bremerinnen und Bremern. Auch die Kinder und Jugendlichen verlassen nur selten ihr markantes Übergangswohnheim. »Die Integration muss warten«, sagt van der Westhuizen. Etwas bessere Bedingungen hat die Lerngruppe zwei, die 12 bis 17-Jährigen. Van der Westhuizen hat im benachbarten Alten Gymnasium in Kooperation mit dem dortigen ZUP-Leiter Ingo Matthias einen Raum ergattert, der geräumiger und besser ausgestattet ist. Dort schnuppern die Flüchtlingskinder zum ersten Mal in der neuen Heimat richtige Schulatmosphäre.

Der Fachbedarf in »Deutsch als Zweitsprache«

Die Versäumnisse müssen korrigiert werden!

Jürgen Burger

■ Eine der ersten Verlautbarungen aus der Bildungsbehörde nach den Sommerferien war, man müsse angesichts des steigenden Bedarfs an Vorkursen für Flüchtlinge und Zuwanderer auf Pensionäre und Studierende zurückgreifen. Es gebe keine BewerberInnen für reguläre Einstellungen. Also gibt es in diesem Bereich überwiegend nur befristete und Honorarverträge.
Und in der Tat ist die Not groß. Wer konnte schon mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen von ca. 100.000 auf ca. eine Million innerhalb eines Jahres rechnen? Sicher kaum jemand, es sei denn, er/sie hätte die Lage in den türkischen, libanesischen und jordanischen Flüchtlingslagern und die Entwicklung in Syrien, Irak und Afghanistan haargenau beobachtet. Diese Verzehnfachung wirkt sich in Bremen besonders stark aus, da die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. die bisher nicht nach dem »Königsteiner Schlüssel« verteilt wurden, meist die Großstädte als Ziel haben.
Aber so massiv die Zahlen auch angestiegen sind, der Mangel im Fach Deutsch als Zweitsprache ist zum Teil hausgemacht. Und das wirkt sich zurzeit besonders stark aus.

Studiengang gestrichen

Als in den 70er und 80er Jahren klar wurde, dass die »Gastarbeiter« dauerhaft bleiben würden, und als die Universität Bremen noch schwerpunktmäßig auf die LehrerInnenausbildung ausgerichtet war, wurden viele Lehrkräfte im Studiengang »Deutsch als Fremdsprache« (DaF) ausgebildet. Später gab es dann noch den Studiengang »Deutsch mit dem Schwerpunkt Deutsch als Zweitsprache« (DaZ), der auch in den Prüfungsordnungen für das erste und zweite Staatsexamen verankert war.
Im Zuge der Umorganisation des Studiums in Bachelor- und Masterstudiengänge ist diese spezielle Ausbildung verschwunden. Zwar müssen sich jetzt alle Lehramts-Studierenden im Umfang von 18 Credit-Points (von 300) mit dem »Umgang mit Heterogenität« beschäftigen, aber dieser Studienbestandteil, der Deutsch als Zweitsprache, Interkulturelle Bildung und Inklusive Pädagogik umfasst, kann die Ausbildung in DaZ nicht ersetzen. Verpflichtend für alle ist hier ein einziges Seminar in Deutsch als Zweitsprache (3 CP). Im Fach Deutsch gibt es im Pflicht- oder im Wahlpflichtbereich zwar noch Seminare mit dem Schwerpunkt »Deutsch als Zweitsprache« und »Deutsch als Fremdsprache«, aber keinen eigenen Studienschwerpunkt mehr.
Diese Lücke setzt sich in der zweiten Ausbildungsphase fort. Immerhin wird hier im Wahlpflichtbereich für Sek. I und Sek. II noch eine Zusatzqualifikation in DaZ angeboten, an der auch Lehrkräfte mit zweitem Staatsexamen teilnehmen können. Darüber hinaus gibt es hier Fortbildungen für Vorkurs-Lehrkräfte und ein Netzwerk der SprachberaterInnen.

Ein Einwanderungsland braucht DaZ/DaF-Lehrkräfte auf lange Sicht

Die wenigen Lehrenden an Uni und LIS bemühen sich, den offensichtlichen Mangel zu kompensieren. Aber das kann nicht ausreichen. Früher gab es an der Universität drei Lehrstühle für DaF, heute nur noch einen für DaZ/DaF (Prof. Dr. Nicole Marx). Die beste Lösung wäre wahrscheinlich, den Studiengang »Deutsch mit dem Schwerpunkt Deutsch als Zweitsprache« wieder einzurichten. Weitere (bescheidenere) Lösungen wären DaZ als Drittfach bzw. die Einrichtung eines Zertifikats im Wahlpflichtbereich. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist jedoch der politische Wille in den Behörden und bei der Uni-Leitung. Und das schließt vor allem die Bereitstellung entsprechender Lehrkapazitäten ein.

Der Bedarf an entlasteter Fortbildung

In der aktuellen Situation geht es um eine weitere Aufgabe: Die vielen Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern werden nach den Vorbereitungskursen in den Regelunterricht kommen. Und die Lehrkräfte in diesen Klassen sind schon mit ihren gegenwärtigen Aufgaben voll ausgelastet bzw. überlastet, wenn besondere Konflikte und Vertretungsunterricht hinzukommen. Notwendig sind in dieser Situation kurzfristig entlastete Fortbildungen, die auf die Aufnahme dieser Kinder vorbereiten. Die Weisung »Kein Unterricht darf wegen Fortbildung ausfallen", die die Behörde als Monstranz vor sich herträgt, muss wegfallen. Denn weitere Aufgaben einfach obendrauf zu packen, das geht nicht mehr.

Lehrkräfte für Integrationskurse anstellen und gut bezahlen

■ Dringenden Handlungsbedarf sieht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Integrationskurslehrkräfte. Um diese angemessen zu beschäftigen und zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen, muss die Trägerpauschale auf 4,40 Euro je Kursteilnehmer angehoben werden. Nach Abzug der Sozialabgaben bleibt vielen der akademisch qualifizierten Lehrkräfte von den Honoraren ein Einkommen, das knapp über dem Hartz-IV-Niveau liegt. Die Arbeitgeber zahlen für die Integrationskurslehrkräfte keine Sozialabgaben, zudem haben diese keine Möglichkeit, Arbeitnehmerrechte wahrzunehmen. Das ist keine Arbeits- und Zukunftsperspektive für die Kolleginnen und Kollegen. Dabei steigt der Bedarf: Alleine im 1. Quartal 2015 stieg die Anzahl der Kurse um 30 Prozent gegenüber dem Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger rechnet damit, dass künftig 14.000 Kurse angeboten werden müssen. »Das ist eine Herausforderung, die nur mit erfahrenen, gut qualifizierten Lehrkräften zu stemmen ist.«

Die Vorkursschule

Karsten Krüger

■ Die Schulen im Land Bremen stehen vor großen Veränderungen. An immer mehr Schulen werden neue Flüchtlingsklassen eingerichtet. In Kattenturm werden gleich sieben Vorkurse unter einem Dach unterrichtet.

»Da rollt eine große Welle auf das Regelsystem zu«, sagte Michael Huesmann, Abteilungsleiter in der Bildungsbehörde, auf einer Schulleiterdienstbesprechung und meinte damit die Integration von Kindern und Jugendlichen, die in diesem Jahr nach Bremen gekommen sind und nach einem Jahr im Vorkurs (VK) in reguläre Klassen wechseln. Und er brachte vom Statistischen Landesamt Bremen den Grundschulleiter/innen Zahlen mit, damit sie sich besser vorstellen können, wie groß die Welle sein wird: »Durch die Schüler/innen in den Vorkursen werden bis zum Jahr 2020 bis zu 110 neue Klassen in den verschiedenen Schulformen eingerichtet werden müssen. Allein dafür entstehen Personalkosten von mindestens 13 Millionen Euro.«

Auch die weit mehr als hundert Vorkurs-Schüler/innen der Schule an der Theodor-Billroth-Straße (TBS) – einer Depandance der Allgemeinen Berufsschule – werden nach spätestens einem Jahr in anderen Bildungsgängen Deutsch lernen. Aber bis es soweit ist, lernen die vorwiegend männlichen TBS-Schüler im Bremer Süden die ersten Bausteine einer für sie neuen Sprache. »Bei uns sind sehr viele Jugendliche aus vielen verschiedenen Ländern unter sich. Das macht die Integration natürlich schwierig, Konflikte zwischen den jungen Menschen sind jederzeit möglich«, sagt Bettina Horn-Udeze. Die Lehrerin koordiniert die VK-Klassen und sie hat damit alle Hände voll zu tun. Die meisten Jugendlichen und jungen Männer kommen aus Guinea, Gambia, Somilia, aber auch aus Syrien und Afghanistan. Ihre Deutschkenntnisse sind unterschiedlich, einige sind Analphabeten. Aber durch die Vielzahl an Vorkursschülern ergeben sich auch Vorteile.

Die Schule an der Theodor-Billroth-Straße: Die meisten Schülerinnen und Schüler an der sind erst seit kurzer Zeit in Deutschland. Hier werden insgesamt sieben Vorkurse, fünf Berufsorientierungsklassen und ein Brückenkurs unterrichtet.

Horn-Udeze: »Wir können die Klassen einigermaßen homogen einteilen und kommen so schneller zu ersten Lernerfolgen. Die meisten anderen Schulen, die nur einen oder zwei VKs haben, können das nicht.«

Problematisch ist allerdings die derzeitige Situation in Sachen Schulsozialarbeit. Nur der Sozialpädagoge Hameth Ba kann sich um die sieben VKs und weiteren sechs Berufsorietierungsklassen kümmern. »Ich kann nicht gleichzeitig überall sein. Manchmal muss ich von Klasse zu Klasse springen«, sagt Ba. »Vor kurzem war ich für mehr als drei Stunden nicht in der Schule. Ich musste mit einem Jungen aus Gambia, der akute Bauschmerzen hatte, als Übersetzer und Begleiter ins Krankenhaus. Unterricht ohne sozialpädagogische Betreuung – das ist auch für die Lehrkräfte belastend.«

Die schlechte personelle Ausstattung könnte sich aber bald verbessern. Nach schulinternen und -externen Protesten gab es jetzt positive Signale und Finanzmittel für zwei Stellen im Bereich Sozialpädagogik. Hameth Ba und das TBS-Kollegium hoffen auf eine schnelle Umsetzung der Pläne und damit auf spürbare Entlastung.

Horn-Udeze hat einen weiteren Wunsch. »Die zentrale Zuweisung der VK-Schüler an die Schulen durch die Behörde ist keine gute Lösung. Eine vorgelagerte pädagogische Beratung ist da wesentlich besser.« Petra Jendrich, Referatsleiterin Berufliche Bildung, verweist in diesem Zusammenhang auf die hohe Anzahl von schulpflichtigen Flüchtlingen und die begrenzte Anzahl an Beratern. VK-Koordinatorin Horn-Udeze vermisst ein tragfähiges Konzept bei der Flüchtlingsbeschulung. Auch deshalb arbeitet sie derzeit mit Thorsten Block vom Landesinstitut für Schule an einer pragmatischen Handreichung zum Thema »Umgang mit VK-Klassen und Flüchtlingskindern«, damit ihre Kolleginnen und Kollegen »nicht mehr so häufig allein auf sich gestellt sind«, so die Autoren.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

■ Ein Rückgriff auf alte Statistiken lohnt nur insofern, als dass man das Ausmaß ihrer Fehleinschätzungen jeweils neu bestimmen kann. Ausgegangen war man vor Jahren von dramatischen Rückgängen bei den Schüler*innenzahlen. Mit den »frei« werdenden Stellen sollte die Schulreform abgesichert werden. Soweit die politisch gesteuerte Theorie 2008/09. Zu Beginn des Schuljahres 2015/16 stellen wir u. a. fest, dass in Bremerhaven

»Demographische Rendite«

Endgültige Verabschiedung von einem Unwort

Bernd Winkelmann

Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

- 922 Kinder neu eingeschult wurden (Vergleich zu 2010 = +17,2 %)
- 912 Jugendliche in den 5. Jahrgang eintreten (Vergleich zu 2010 = +9,1 %).

Hinsichtlich der Zuwanderung weisen die amtlichen Zahlen

- zum 1.10.15 : 5.411 Zuwanderer aus (insbes. aus Bulgarien und Polen)
- zum 16.10.15 : 1.635 Flüchtlinge aus 21 Ländern (48 % vom Balkan, 39 % aus Syrien).

Bei den Flüchtlingen geht man bis zum Jahresende von einem Zuwachs auf 2.500 Menschen aus. Derzeit sind 50 % Kinder und Jugendliche, bei 70 % werden Traumatisierungen angenommen, eine entsprechende Versorgungsstruktur fehlt.

Die Stadt hat insofern reagiert, als dass Sprach- und »Willkommenskurse« in folgendem Umfang eingerichtet wurden:

P: 23 Kurse = 230 Plätze
S1: 11 Kurse = 176 Plätze
S2b: 9 Kurse = 144 Plätze
Willkommenskurse:
11 Kurse = 132 Plätze

Eine erhebliche Ausweitung ist geplant, steht aber immer unter der Maßgabe, »sofern Personal eingestellt werden kann«.

Vor diesem Hintergrund hat die Mitgliederversammlung in Bremerhaven eine elf Punkte umfassende Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt:

- Die Zuwächse an den Schulen und die den Lehrkräften zusätzlich zugewiesenen Aufgaben erfordern eine Aufstockung des Personalbestands. Der Umfang ist durch die Veröffentlichung einer Aufstellung des realen Personalbedarfs nach nachvollziehbaren, transparenten Kriterien zu verdeutlichen; eine entscheidende Rolle spielt dabei die Berücksichtigung eines »Sozialindexes«;
- nachzuweisen, ob und wie die so genannten »zusätzlichen Mittel« verwendet wurden. Bei diesen Mitteln handelt es sich zum einen um die so genannten BAFöG Mittel und zum andren um 6 % Zusatzzuweisung, die von Frau Senatorin Bogedan für Vertretungsunterricht zugesagt wurden (bei der derzeitigen Anzahl der Planstellen für unterrichtendes Personal entspräche das fast 70 Stellen);
- ein Personalentwicklungskonzept zu veröffentlichen, das bereits für Ostern 2015 zugesagt war und das die wesentlichen Probleme wirklich angeht: das Problem qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, qualifiziert im Hinblick auf Fachbedarfe und Leitungsbefähigung. Die hohe Zahl von »Freigabewünschen« in der sich die Unzufriedenheit der Kollegen und Kolleginnen dokumentiert, sollte Anlass sein, dieser Unzufriedenheit auf den Grund zu gehen und insbesondere die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Umsetzung der lange zugesagten und über den Ausschuss für Schule und Kultur (ASK) politisch geforderten Evaluation der bisherigen Reformbemühungen einschließlich der Wirksamkeit der Unterstützungssysteme;
- eine realistische Einschätzung zur Zukunft der Ganztagsschule (derzeit findet an mehreren Schulen der Ganztag als »Notbetreuung« statt, durch schlechtere Vertragsbedingungen bei den Honorarkräften sind viele Mitarbeiter*innen vor allem in der Primarstufe abgesprungen);
- die Sicherung der Referendar*innenausbildung zu mindestens 100 % und ggf. bedarfsdeckende Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für die erste und zweite Stufe der Lehrer*innenausbildung;
- einen »Fünfjahresplan« zur Erweiterung der Raumkapazitäten durch An- oder Neubau, sowohl in Quartieren mit deutlichem Zuwachs als auch in den angestrebten Neubaugebieten;
- ein Konzept, um die Herausforderungen der Inklusion, insbesondere bzgl. Armut und Migration, zu bewältigen;
- die Sicherung der Qualifikation der in Schule Beschäftigten. Ein hoher Prozentsatz der Kolleg*innen mit Zeitverträgen ist nicht voll ausgebildet. Ihnen ist eine begleitende Unterstützung zu gewähren. Ebenso müssen die Kolleg*innen an den Schulen spürbar entlastet werden, welche die Einarbeitung neuer, fachfremder, nicht pädagogisch ausgebildeter Kolleg*innen übernehmen;
- nicht aus dem Blick verlieren darf man die Tatsache, dass in der Schule Menschen mit unterschiedlicher Profession arbeiten. Deren Leistung trägt wesentlich zum Gelingen von Schule bei. Deshalb sind u. a. die Kapazitäten in den Sekretariaten zu erhöhen, die Reinigungskräfte in den städtischen Dienst zurückzuführen, Haustechnik und Schulverpflegung entsprechend der Anforderungen abzusichern;
- Installation eines umfangreichen Gesundheitsmanagement für alle Berufsgruppen, die in Schule tätig sind.

Wer schafft hier was?

Ein Gespräch mit »Help a Refugee e.V.«

Wilfried Meyer

■ »Wir schaffen das!« Das ist Frau Merkel sicherlich so rausgerutscht und die Entwicklung seitdem zeigt, dass die Politik schon gewaltig zurückrudert. Von einem guten Plan der Politik kann nicht die Rede sein, von der Registrierung über die Aufnahme bis hin zur Eingliederung ganzer Familien wird es noch ein weiter Weg sein. Geld ist vorhanden, das hat die Bankenrettung aller Orten gezeigt. Und wer die Folgen seiner Politik im Ausland, z.B. die immensen Waffenexporte, nicht sehen will, der sollte zumindest die Opfer dieser Politik menschenwürdig behandeln. Die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung zumindest in Bremen zur Hilfeleistung scheint sogar zuzunehmen und ungebrochen.

Ein Beispiel aus Bremen: Help a Refugee! Die Organisationen erledigen das Meiste selbst!

Das zeigte auch unser Gespräch mit Verantwortlichen des Vereins »Help a Refugee e.V.« in Bremen. Dieser Verein, der schon 2,5 Jahre existiert, ist seit 1,5 Jahren gemeinnützig und wächst mit den Aufgaben. Gegründet aus dem Unistudiengang Wirtschaftsarabistik mit Schwerpunkt Sprache, sind heute von der Ersthilfe für Neuankommende bis zur Unterstützung bei Familienzusammenführung vielfältige Aktivitäten nötig. Natürlich ist die Sprache oft eine Hürde bei der Verständigung z.B. auf den Ämtern. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die deutschen Beamten immer englisch sprechen, geschweige denn andere Sprachen wie arabisch. Hier werden die Flüchtlinge begleitet und unterstützt.

Familien

Es ist so, dass oft die Männer, die älteren Söhne vorangehen, zuerst hier ankommen. Die Familien zusammenzuführen ist dann ein hartes Stück Arbeit. Alle Papiere müssen im Heimatland mühsam besorgt werden. In Städten wie dem syrischen Homs z.B., die oft völlig zerbombt sind. Dann müssen Wege und Reisemöglichkeiten gefunden werden, Visaanträge gestellt und genehmigt werden. Sind alle Pässe vorhanden? Was ist, wenn Pässe fehlen? Personen, die schon in Ungarn registriert, aber dort nicht bleiben wollten, werden die von hier zurückgeschickt? Nach dem Dublinabkommen müssten Flüchtlinge dort bleiben wo sie in der EU zuerst ankamen. Welche Belastung für Griechenland, Italien, Ungarn, Kroatien … und die Geflüchteten!

Prüfungen

Überprüfungen dauern zu lange, Personal fehlt. Unterlagen müssen nachgeschickt werden. Also Unterbringung in den Erstaufnahmestellen, in Bremen zuerst in der Steinsetzerstraße, da gab es Wanzen, also Umzug in die Alfred-Faust-Straße. Prüfungen gibt es auch in der deutschen Sprache, für diese Kurse gibt es manchmal Wartezeiten von 1 Jahr, der Kurs dauert 1,5 Jahre und wird mit Tests begleitet. Auch hier unterstützen die Freiwilligen des Vereins.

Wohnen und Leben

Verhandlungen mit Vermietern, Wohnungsbesichtigungen, der Verein hat dafür extra eine Wohnungs-AG gegründet. Auch hier eine nicht einfache Aufgabe. Auch vielleicht entsprechende Mischungen beim Wohnen hinzubekommen oder zu vermeiden ist nicht leicht. Die Politik ist nicht in der Lage, schnell und ausreichend günstigen Wohnraum zu vermitteln, das Manko gibt es nicht erst seit der Flüchtlingsproblematik. Begleitung ist nötig bei vielen Alltagsgelegenheiten wie Einkaufen, das Besorgen von Fahrrädern, Kleidung … Hier gibt es Zusammenarbeit auch zwischen Vereinen, für die Fahrräder mit dem ADFC, mit der Freiwilligenagentur u.a.

Bildung

Für die Kinder gibt es die verpflichtenden Vorkurse, in der Grundschule für ein halbes Jahr, in der Oberschule für 1 Jahr, parallel werden einige Unterrichtsstunden in den Klassen mitbesucht. Auch Analphabeten müssen geschult werden. Von allen Kursen gibt es nicht genug, und für die Leitung dieser Kurse zu wenige Fachkräfte. Hier muss es viel mehr Schulungen geben und es müssen weitere Freiwillige (Pensionäre etc.) gewonnen und vielleicht auch gut bezahlt werden. Sprache ist natürlich die Grundlage, und es mangelt an ÜbersetzerInnen. Auch der Verein sucht diese für feste Gruppen und auch für flexible Zeiten. Auch Rechtsberatung wäre ein weiteres Arbeitsfeld. Lehrkräfte haben die Möglichkeit den Verein anzusprechen, dieser ist gern bereit Informationen zu liefern und auch Projekte, z.B. gegen Rassismus und rechtes Gedankengut, zu unterstützen. So gelaufen in der Oberschule an der Egge. So geplant zum Thema Flüchtlinge in der GSM Brokstraße. Kontakte jederzeit über den Verein.

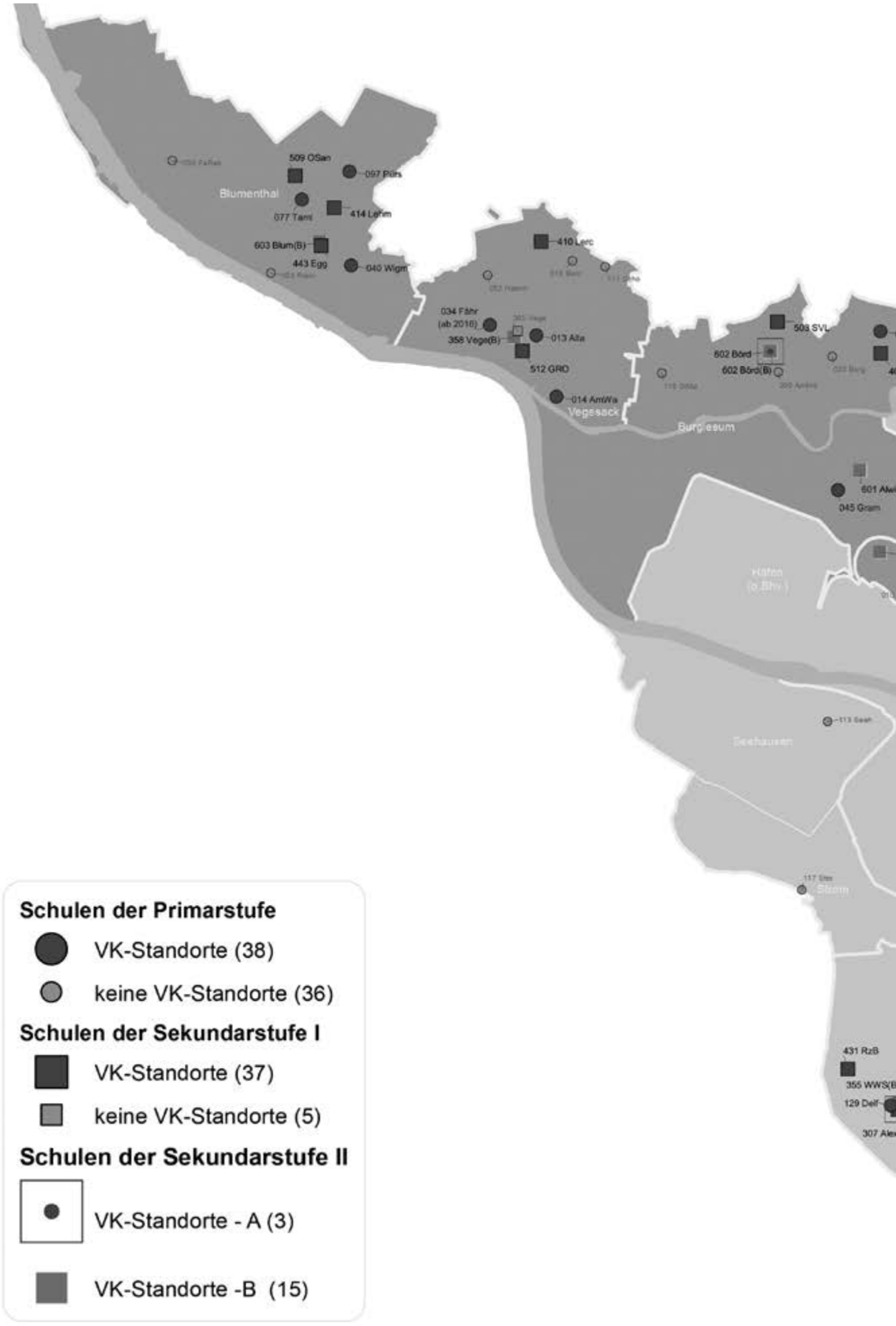
Und die Frauen?

Die Frauen sind die, die in erster Linie die Kinder betreuen. Da auch sie den Wunsch haben mal aus der Situation in den Aufnahmestellen, den Turnhallen, den Massenunterkünften herauszukommen, bietet der Verein einen »Lady-Circle« (ohne Männer) an. Ebenso werden 4 mal im Jahr Feste organisiert zum Feiern, Spielen, Tanzen, Musizieren, Essen. Nächster Termin 12.12., 15 Uhr St. Pauli Gemeinde, Neustadt.

Räume und Termine

Gut ist, dass z.B. die Kirche Räume zur Verfügung stellt, in diesem Fall in der Gemeinde St. Johann. Und gut auch, dass niemand nach Religion und Zugehörigkeit fragt. Der Verein mit im Moment ca. 60 Mitgliedern und ca. 120 Mitarbeitern erhebt einen Jahresbeitrag von 12 Euro. Man arbeitet freiwillig oft viele Stunden in der Woche. Es gibt wöchentlich mittwochs um 16.00 Uhr eine Einführung in die Arbeit und auch ein Meeting mittwochs 16.30 Uhr (Meet a Local), zu dem auch viele Flüchtlinge kommen, um ihre kleinen und größeren Nöte zu besprechen.

Kontakt:
info@help-refugee.com
und
www.help-refugee.com



Schulen der Primarstufe

- VK-Standorte (38)
- keine VK-Standorte (36)

Schulen der Sekundarstufe I

- VK-Standorte (37)
- keine VK-Standorte (5)

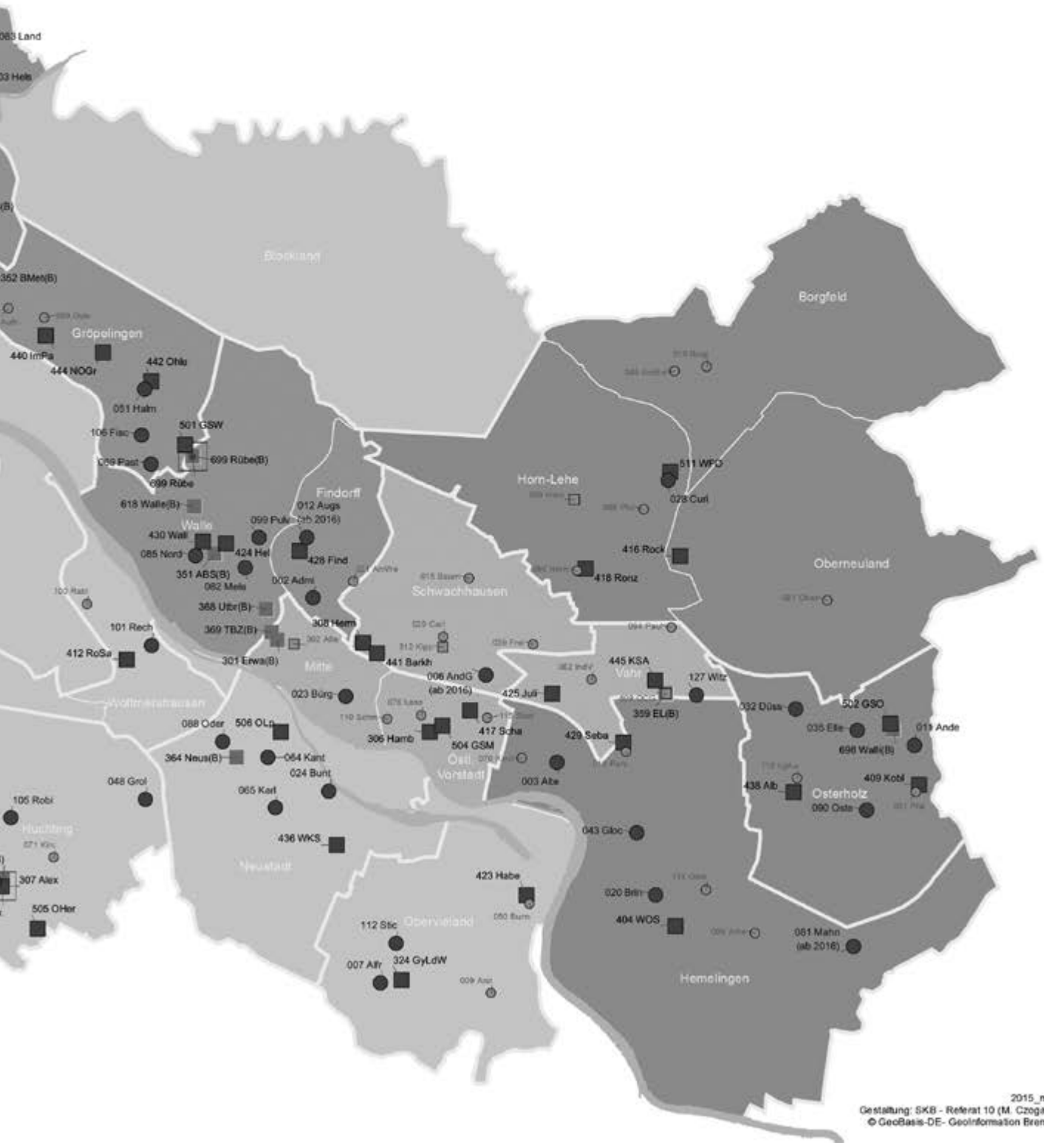
Schulen der Sekundarstufe II

- VK-Standorte - A (3)
- VK-Standorte -B (15)

Flüchtlingsbeschulung:

Der Vorkurs – Stadtplan Bremen

Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die in diesem Jahr
nach Bremen gekommen sind, werden in sogenannten Vorkursen (VK)
unterrichtet. Der Plan gibt einen Überblick über die derzeitigen
Vorkurse im Stadtgebiet Bremen (Stand 20.11.15).
Unter www.bildung.bremen.de/flüchtlinge wird er aktualisiert.



»Es darf nicht an Papieren scheitern«

Theorie und Praxis der Einschulung von papierlosen Kindern in Grundschulen

■ Im Oktober erschien – gefördert von der GEW-eigenen Max-Treager-Stiftung – eine Studie von Barbara J. Funck, Yasemin Karakaşoğlu und Dita Vogel.

Zentrale Studienergebnisse:
Die Studie beruht auf einer telefonischen Umfrage in 100 Grundschulen in allen Bundesländern, bei der um Auskunft gebeten wurde, ob Kinder ohne Meldebestätigung in der Schule angemeldet werden können. In einem Fallbeispiel wurde deutlich gemacht, dass ein Kind ohne Kenntnis der Ausländerbehörde, also »illegal«, im Land lebt. Auch diese Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Schule und sollten ohne Angst vor Aufdeckung zur Schule gehen können. Dies war zumindest die Intention einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes im November 2011, als Schulen von behördlichen Übermittlungspflichten explizit ausgenommen wurden.

Bei 62 Prozent der Schulen wurde kein gangbarer Weg zur Schulanmeldung des papierlosen Kindes aufgezeigt oder angedeutet. Häufig sind Schulen unsicher und verweisen an höherrangige oder spezialisierte Stellen in der Bildungsadministration. Auch dort wird von der Hälfte der Stellen keine positive Aussage zur Schulaufnahmemöglichkeit getroffen. Die protokollierten Begründungen zeigen, dass in vielen Schulen ein Bewusstsein dafür fehlt, dass jedes Kind einen Rechtsanspruch auf Bildung hat. Der Bildungsanspruch papierloser Kinder wird zum Teil explizit abgelehnt. In einigen Schulen wurde sogar irrtümlich angenommen, dass die Polizei informiert werden muss. Da die Einschulung aller Kinder rechtlich geboten und politisch gewollt ist und nicht zuletzt pädagogisch als sinnvoll gilt, wurden

auf Basis der Studienergebnisse folgende Handlungserfordernisse formuliert, die darlegen, wie verantwortliche Akteure zu einer umfassenden Realisierbarkeit des Schulbesuchs beitragen können – für papierlose und selbstverständlich auch für geflüchtete Kinder, deren Anspruch auf Schule in aktuellen Debatten teilweise abgelehnt wird.

Handlungsempfehlungen:
Landesparlamente: Landesrecht inklusiver gestalten
Ein expliziter Zusatz in Landesschulgesetzen, dass alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Einschulung haben, würde das Schulrecht von papierlosen Kindern unmissverständlich auch für Nicht-Jurist_innen klarstellen.

Datenschutzbeauftragte:
Datenschutz klar stellen
Wenn Daten nicht gemeldet werden müssen, dürfen diese auch nicht weiter gegeben werden – eine solche Klarstellung in Bezug auf den Aufenthaltsstatus wäre hilfreich.

Kultusministerien: Schulbehörden informieren und gangbare Verfahren anbieten
Alle Bundesländer sollten in regelmäßigen Abständen alle Schulbehörden über die geltende Rechtslage informieren, wie auch praktikable und transparente Verfahren – etwa im Sinne eines Leitfadens – zum administrativen Umgang mit Kindern ohne Meldebestätigung anbieten.

Schulbehörden:
Verfahren lokal etablieren
Damit Schulen sich mit einer inklusiven Herangehensweise nicht nur pädagogisch, sondern auch rechtlich auf der sicheren Seite fühlen können, brauchen sie eindeutige Auskünfte und lokal praktizierbare Umsetzungshinweise von den Schulbehörden.

Schulpersonal:
Recht auf Bildung umsetzen
Im Sinne des Rechts auf Schule für alle Kinder muss das Schulpersonal, d.h. Schulleitungen, Lehrkräfte und Sekretariate, auch bei schwierigen Fällen offen auf Anfragen zur Einschulung von Kindern ohne üblicherweise verlangte Papiere reagieren und sich um passende Wege kümmern.

Organisationen im Bildungsbereich: Informationen zum Recht auf Bildung verbreiten
Organisationen im Bildungsbereich können ihren Beitrag zur Verwirklichung des Schulrechts aller Kinder durch Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungen leisten. Schulpersonal und Multiplikator_innen sollten über aktuelle Praxen und Handlungsbedarfe informiert werden, damit die Botschaft, dass jedes Kind zur Schule gehen kann, auch bei Eltern in prekären Situationen ankommt.

Niedersachsen stockt Etats auf

Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen - Aktivierung von Pensionären

Eberhard Brandt

■ Die neue Migrationsbewegung von flüchtenden Menschen erfordert von den Landesregierungen außerordentliche politische Entscheidungen: Für Sprachförderung und Integration und für den Ausbau der Plätze in der Elementarbildung, den Schulen, der beruflichen Bildung und für Sprachkurse und andere Maßnahmen zur Integration den Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Die GEW Niedersachsen hat ihre Vorstellungen zur Sprachförderung zum Schuljahresbeginn 2015 vorgelegt und zusätzliches Personal im Umfang von 2000 Stellen gefordert. In diesem Artikel werden die Entscheidungen der Niedersächsischen Landesregierung dargestellt. Ob die vorgesehen Finanzmittel ausreichen und ob sich angesichts des Nachwuchsmangels für die beabsichtigten Maßnahmen genügend Lehrkräfte bewerben, ist ungewiss. Daran aber hängt der Erfolg der Sprachförderkonzepte.

Die rot-grüne Regierung in Hannover hat im Haushaltsentwurf für 2016 und im zweiten Nachtragshaushalt für 2015 durchaus erkennbare Weichen gestellt. Der Haushalt des Kultusministeriums soll danach um 40 Mio. Euro, also im Gegenwert von 740 Stellen dauerhaft aufgestockt werden. Diese 740 Einstellungsmöglichkeiten sollen schon im letzten Quartal 2015 zur Verfügung stehen. Deshalb sind im zweiten Nachtragshaushalt für 2015 zusätzliche zehn Mio. Euro für den Kultushaushalt vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen beantragten die Aufstockung der von der Regierung vorgesehenen Mittel für Sprachförderung und Integration.

Mit den zusätzlichen Ressourcen sollen Sprachfördermaßnahmen an öffentlichen allgemeinen und berufsbildenden Schulen ausgebaut werden. Außerdem soll schulische Sozialarbeit auch zur Integration jugendlicher Flüchtlinge abgesichert werden. Bisher gibt es in Niedersachsen nur sehr wenig SozialpädagogInnen im Landesdienst. In den Erstaufnahmelagern soll für die Flüchtlingskinder Betreuung und Beschulung eingeführt werden.

Sprachlernklassen und weitere Fördermaßnahmen

In den allgemeinbildenden Schulen wird die zu Beginn des Schuljahres 2015/16 von 240 auf 300 erhöhte Zahl der Sprachlernklassen um weitere 250 auf etwa 550 Klassen ansteigen. Insgesamt können so mehr als 8800 Kinder und Jugendliche gleichzeitig auf den Regelunterricht vorbereitet werden. Daneben sind Sprachförderkurse, Sprachförderunterricht, Sprachförderkonzepte und vorschulische Sprachförderung im Umfang rund 250 Stellen vorgesehen. Insgesamt soll 400 Stellen für Lehrkräfte zur Verfügung stehen. 20 Stellen sind vorgesehen, um eine Beschulung und Betreuung von Flüchtlingskindern in Erstaufnahmeeinrichtungen aufzunehmen. Die Fraktionen von SPD und Grünen beantragen, die Mittel für Sprachförderung für minderjährige Flüchtlinge um sechs Millionen Euro zu erhöhen. Im Einstellungserlass ist vorgesehen, dass die Schulen auch im laufenden Schuljahr zusätzliche Klassen einrichten und zusätzliches Personal anfordern können, wenn die Anzahl der SchülerInnen durch die Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen ansteigt.

Schulsozialarbeit

Für die schulische Sozialarbeit zur Integration junger Flüchtlinge vor allem an Ganztagsschulen sind 100 Stellen geplant. Die Regierungsfraktionen haben Ende November im Rahmen der »politischen Liste« 9,285 Mio. Euro für zusätzliche 167 SchulsozialarbeiterInnen beschlossen.

Berufliche Bildung

Die berufsbildenden Schulen sollen neben dem bereits bestehenden Berufsvorbereitungsjahr in der Sonderform als Sprachförderklasse die Möglichkeit erhalten, für Sprachanfängerinnen und -anfänger weitere Integrationskurse (Sprach- und Integrationsprojekt »Sprint«) einzurichten. Auf diese Weise kann auch jungen Flüchtlingen unabhängig von der Schulpflicht (über 18 Jahre) eine Teilnahme ermöglicht werden. Dafür vorgesehen sind rund 100 zusätzliche Stellen.

Das Einstellungsverfahren

Grundsätzlich sollen für die Sprachförderung bisher beschäftigungslose Lehrkräfte eingestellt werden. Im Rahmen des »normalen« Einstellungsverfahrens können die BewerberInnen angeben, ob sie bereit sind, sich neben einer unbefristeten Stelle (verbeamtet oder tarifbeschäftigt) auch auf eine sachgrundlos befristete Stelle zur Sprachförderung zu bewerben. Gleiches gilt für SeiteneinsteigerInnen. Außerdem können sich pensionierte oder verrentete Lehrkräfte und Lehramtsstudierende für Stundenrahmenverträge bewerben.

Erwachsenenbildung

Die vom Land geförderten Sprachkurse für erwachsene Flüchtlinge in den Einrichtungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung werden ausgebaut. Sie stehen allen Flüchtlingen offen (ohne Zugangsvoraussetzungen) und sind unabhängig von ihrem aktuellen rechtlichen Status und Sprachniveau. Im Rahmen der Kurse soll eine sozialpädagogische Betreuung und Begleitung gewährleistet werden. Es ist geplant, bis Ende 2016 ca. 40.000 Flüchtlinge zu erreichen. Zusätzlich werden Angebote gemacht, um Ehrenamtlichen ein Basiswissen für die Sprachvermittlung für Flüchtlinge zu vermitteln.

Eberhard Brandt
Vorsitzender der
GEW Niedersachsen

Lob den Schleusern

Silke Mertens

■ **Die pauschale Kriminalisierung von Schleppern ist Unsinn. Fluchthilfe leistet für den Asylsuchenden mehr als die Willkommenskultur.**

Neulich beim Zappen durch die Talkshows: »Ich bin den Schleppern dankbar«, sagt eine junge Syrerin. Die Fahrt über das Mittelmeer sei ein Albtraum gewesen. Sieben Tage Todesangst. Immer wieder hat sie sich gefragt, nach welchen ihrer beiden Jungs, zwei und fünf Jahre alt, sie greifen wird, sollte der klapprige, überladene Kahn sinken. Aber ohne die Schlepper hätte sie es nicht ins sichere Deutschland geschafft. Sie würde es wieder tun.

Silke Mertens
schreibt für die taz
und die NZZ

Den Schleppern dankbar sein? So einen Satz darf man in Europa derzeit nicht einmal denken. Die EU ist in der Flüchtlingsfrage heillos zerstritten und sie könnte, fürchten viele, an der Krise sogar zerbrechen. Doch in einem Punkt lässt sich immerhin von Rom über Paris und Berlin bis nach London und Budapest noch Konsens erzielen: Die Schlepperkriminalität ist die Wurzel allen Übels und sie zu bekämpfen oberste europäische Priorität.
Nach dieser Logik gäbe es ohne die Schlepper keine Flüchtlinge. Und so ganz falsch ist der Gedanke nicht – zumindest für uns. Deutschland hat keine EU-Außengrenze. Da Flüchtlinge immer dort bleiben müssen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben, liegt die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland theoretisch bei genau null. Alle, die es dennoch in die Bundesrepublik geschafft haben, brauchten Schlepper. Ohne organisierte Fluchthilfe ist es ganz und gar unmöglich, Deutschland zu erreichen und einen Asylantrag zu stellen. Die Debatte über die Schlepper und Schleuser rund um die Flüchtlingskrise ist dementsprechend an Scheinheiligkeit kaum zu übertreffen.

Wie viele Juden hätten sich wohl vor dem Nazi-Regime retten können, wenn es keine professionellen Schlepper gegeben hätte?
Wie viele Künstler und Intellektuelle wären rechtzeitig entkommen? Oder zur Zeit der Sklaverei in den USA: Zehntausende Schwarze wurden mithilfe der »Underground Railroad« aus dem Süden in den freien Norden der USA geschleust.

Ohne Schlepper keine Flüchtlinge?
Ob ein Schleuser Geld für seine Dienste nimmt, ist dabei nicht entscheidend. Selbst DDR-Fluchthelfer, die später mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurden, verlangten erhebliche Summen. Der damalige Medizinstudent Burkhart Veigel, der ostdeutsche Flüchtlinge noch über die Grenze brachte, als sonst nichts mehr ging, nahm bis zu 8.000 D-Mark. Er hatte für viel Geld unter anderem einen Cadillac umbauen lassen, um im Armaturenbrett Platz für einen Ausreisewilligen zu schaffen. Der Bundesgerichtshof entschied 1977, als Veigel verklagt wurde, es sei nicht anstößig, wenn Geld fließe.
Eine besondere Ironie der Geschichte: einer der ehemaligen DDR-Fluchthelfer, ein syrischer Student namens Muauiah Karman, der vier Jahre im berüchtigten Bautzen wegen »Menschenhandel« zugebracht hat, sitzt heute im Bombenhagel von Aleppo fest. Ein Visum für Deutschland als Zeichen der Anerkennung? Bisher nicht. Und um Asyl zu beantragen, müsste der heute fast 80-Jährige in Deutschland sein.
Dazu bräuchte der ehemalige Fluchthelfer aus Syrien auf jeden Fall einen guten Schlepper – ein Profi, der weiß, was er tut, und seine Kunden sicher ans gewünschte Ziel bringt. Einen von der Sorte also, die in ganz Europa als die schlimmsten Feinde in der Flüchtlingskrise ausgemacht wurden.

Eine andere Willkommenskultur
Es gibt sie natürlich tatsächlich: gewissenlose Geschäftemacher, denen es egal ist, ob ihre Kunden lebend am Ziel ankommen oder im luftdichten Lastwagen ersticken. Der Profit lockt viele, die schnell reich werden wollen. Wer ein Schlauchboot ohne funktionstüchtigen Motor aus Raffgier überlädt, einem Flüchtling das Steuer in die Hand drückt und nach dem Abkassieren schnell von Bord springt, ist ohne Zweifel kriminell.
Eingesperrt werden aber alle, die die Flucht nach Europa ermöglichen – egal ob es um Landsleute aus dem eigenen Herkunftsdorf geht oder um Fremde, die man über die grüne Grenze schickt. Allein in Bayern sind über 800 Schlepper inhaftiert. Viele davon sind kleine Fische. Sie haben oft einfach nur ein halbes Dutzend Flüchtlinge im Mini-Van über die Grenze gebracht. Ja, sie schmuggelten sie sicher nicht aus Menschlichkeit, sondern für erhebliche Summe. So mancher gehört vielleicht sogar mafiösen Strukturen an. Aber für den einzelnen Flüchtling, der es nach Europa schafft, hat er mehr getan als all jene, die am Münchner Bahnhof stehen und »Refugees welcome« rufen.

Eine Willkommenskultur wäre ohne Schlepper gar nicht möglich.
Die verstärkten Maßnahmen der EU gegen Schlepper haben bisher nur eins bewirkt: Die Flucht ist noch gefährlicher und teurer geworden. Dennoch kommen immer mehr Flüchtlinge. Solange die Grenzen dicht sind und Asyl nur vor Ort beantragt werden kann, so lange wird es Schlepper geben – gute und schlechte. Die europäische Asylpolitik ist eine Arbeitsbeschaffungsprogramm für Schleuser.

Ablenkungsmanöver
Die pauschale Kriminalisierung der Fluchthelfer ist ein bequemes Ablenkungsmanöver. Die Politik suggeriert den Wählern: Schaut her, wir tun etwas, denn die skrupellose Schlepperbanden sind schuld am Elend der Flüchtlinge und unserer Überlastung. Der Aktionismus rund um das Schleusergeschäft überdeckt aber nur, wie hilflos Europa der Völkerwanderung gegenübersteht. Die Fluchtursachen zu bekämpfen ist nahezu aussichtslos. In Afghanistan hat der Westen sich viele Jahre militärisch engagiert, Milliarden an Entwicklungshilfe sind geflossen, und dennoch ist weder die Befriedung noch der Wiederaufbau gelungen.

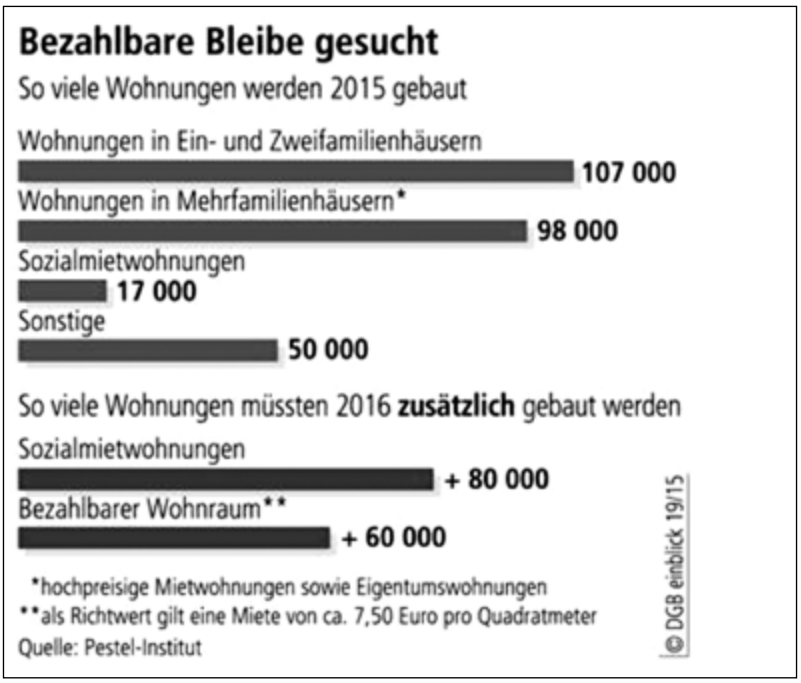
Heute machen sich mehr Afghanen auf den Weg nach Europa denn je. Deutlicher könnte das Land nicht über den Erfolg der internationalen Hilfe urteilen.

Wir sollten uns deshalb keine Illusionen machen: Nicht die Schlepper treiben so viele Menschen in die Flucht. Sie sind es nicht, die verhindern, dass Flüchtlinge auf legalem Weg nach Europa kommen können. Die Bootsfahrt über das Meer wird nicht sicherer, wenn die Asylsuchenden sich selbst organisieren, statt sich einem Schleuserring anzuvertrauen. Schlepper haben viele Tote zu verantworten. Aber sie haben auch sehr vielen Menschen geholfen, in Europa anzukommen.

Zuerst erschienen in: taz vom 02.11.2015

Baut Wohnungen!

■ Deutschland braucht jetzt nichts dringender als eine Offensive beim Bau bezahlbarer Wohnungen. Angesichts des großen Zuzugs von Flüchtlingen fordern DGB und Gewerkschaften: Handelt jetzt! Und handelt schnell!



Wohnungsmisere. 400000 Wohnungen müssten jedes Jahr gebaut werden, damit in Deutschland nicht eine massive Wohnungsnot entsteht. Mindestens 400000. Und das Wort »mindestens« wird mit jedem Tag größer, an dem weitere Flüchtlinge ins Land kommen. »Wir stehen hier vor einer riesigen Herausforderung«, sagt Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. »Wir dürfen nicht zulassen, dass es jetzt zu einem Verteilungskampf um günstigen Wohnraum kommt«, erklärt er.

Sozialen Wohnungsbau fördern

Wie dringend bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird, zeigt ein Blick auf aktuelle Zahlen für den sozialen Wohnungsbau. Maximal 17000 Sozialwohnungen werden in diesem Jahr gebaut, erwartet Matthias Günther, Wohnungsbauexperte am Pestel-Institut in Hannover – und diese Zahl sei schon optimistisch. Zugleich fallen jedes Jahr 60000 bis 70000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Allein um diesen Wegfall an günstigen Wohnungen auszugleichen, müssten jedes Jahr mindestens 80000 Sozialwohnungen gebaut werden. Jahrelang hat die Bundesregierung das Thema Wohnungsbau vernachlässigt – das rächt sich jetzt.

Um die Wohnungsmisere zu bekämpfen, braucht Deutschland ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm für bezahlbare Wohnungen.

60000 Wohnungen müssen gebaut werden

Was an Wohnungen gebaut wird, ist mittlerweile fast alles hochpreisig. »Unter 10 Euro pro Quadratmeter ist da meist nichts mehr zu machen«, meint Experte Günther. In den Ballungszentren explodieren die Preise. NormalverdienerInnen mit Familie können dort keine neue Wohnung mehr mieten. Das Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau fordert deshalb neben einer Offensive im sozialen Wohnungsbau ein zusätzliches Programm für bezahlbaren Wohnraum. Jährlich müssten 60000 Wohnungen mit einem Mietpreis um die 7,50 Euro pro Quadratmeter gebaut werden.

Herausforderung für die Haushaltspolitik

Der Wohnungsmangel ist auch eine Herausforderung für die Haushaltspolitik des Bundes. »Wolfgang Schäuble kann jetzt nicht einfach so weiter machen wie bisher«, sagt Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU. »Eine Schuldenbremse passt überhaupt nicht mehr in die Zeit.« Geld muss in den Wohnungsbau fließen. Doch gerade einmal 500 Millionen Euro hat die Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau zugesagt. »Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein«, kritisiert Feiger. »Ich finde das unerträglich.« Der Bau von Wohnungen brauche zudem Zeit. »Deshalb müssen die Weichen jetzt umso entschiedener gestellt werden.« Der DGB fordert unter anderem bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren.

Erschienen in:
einblick 19/2015
vom 02.11.2015

Landesbeamte:

Angebot abgelehnt

Bernd Winkelmann

■ Man muss es sich vorher überlegen, wenn man die Menschen herausfordert. Auch als Landesregierung, gerade nach einem schwachen Wahlergebnis und einem »Verzicht« des bisherigen Präsidenten des Senats auf das Bürgermeisteramt.

Schon mit Beginn der Legislaturperiode sollte ein verantwortungsbewusster Senat vertraut sein mit den nicht ganz einfachen Beziehungen zwischen Land und Kommunen, Landeshaupt- und Seestadt sowie insbesondere deren Geschichte. Dabei geht es oftmals um Ressourcen im weitesten Sinne, aber eben nicht nur. Gemeinwesen entwickeln nämlich auch eine Identität.

Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

Wenn also eine neu zusammengesetzte Landesregierung das Thema der »Entkommunalisierung« von Polizei und Lehrkräften aufwirft, ohne dieses vorher im Wahlkampf angesprochen zu haben, dann trifft sie offenbar sofort »einen Nerv« dieser Identität und setzt ein verschüttet geglaubtes politisches Interesse frei.
An dieser Stelle möge sich jede/r ausmalen, wie ein schlaffer, inhaltsloser Wahlkampf, in dessen Wirkung 60% der Wahlberechtigten den Besuch des Wahllokals bei ihren Sonntagsaktivitäten gezielt aussparten, abgelaufen wäre, hätte man die Karten im April auf den Tisch gelegt.
Dies war aber nicht der Fall. Und so reagieren die Menschen sensibel, wenn sie mit unliebsamen Überraschungen konfrontiert werden. Dies hat Gründe: Über Jahre konnte ihnen der »innerbremische Finanzausgleich« nicht plausibel gemacht werden. Dass Bremerhaven dabei gut bedacht wurde, konnten sie glauben oder auch nicht.
Sicher wissen sie allerdings, dass das »wertschöpfende« Hafengebiet hinter der Columbuspier seit der Kaiserzeit stadtbremisch ist (nicht land-, sondern tatsächlich »stadt«-). Egal, wie sich das in Euro auswirkt, es stellt eine Hypothek für jede/n dar, der/die sich mit dem Selbstverständnis der Stadt beschäftigt. Und vor diesem – geschichtlich gewachsenen – Hintergrund wird der Versuch des Zugriffs auf das städtische Personal als »Angebot« verklausuliert. Das ist schon ziemlich polemisch und mobilisiert, wie es einer Landesregierung selten gelingt. 9.600 Bürger*innen haben in 4 Wochen ein Bürgerbegehren »Landespolizei/Landeslehrer Nein Danke!« mit ihrer Unterschrift unterstützt. Ein Oberbürgermeister a. D., ein Magistratsdirektor a. D. und der ehemalige Präsident der Ortspolizeibehörde treten als Antragsteller auf. Die Stadtverordnetenversammlung kann gar nicht anders, als am 1. Oktober das »Angebot« des Senats einstimmig abzulehnen.
Ob den Parlamentariern bei dieser Abstimmung bewusst war, dass sie letztlich die Grundpfeiler bestätigt haben, die 1947 zur Bildung eines Bundeslandes Bremen geführt haben? Zumindest ist es seit Wilhelm Kaisens Zeiten verbrieft, dass es in dem Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven um echte Selbstverwaltungsaufgaben für die Seestadt geht, u. a. die Schulen betreffend.

Ganz am Anfang dieser Auseinandersetzung hatten wir als Stadtverband Fragen aufgeworfen, wie sich denn der Senat als Organ, das ein Angebot unterbreitet, zu den Aufgaben verhalten wolle, die mit einer Übernahme des Personals zusammenhängen (Personalgewinnung, Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung). Das hätte Hinweise auf die Substanz und Durchdachtheit des Angebots erbringen können. Erwartungsgemäß gab es keine Antworten. Es ist viel Staub aufgewirbelt worden, ohne dass sich Änderungen abzeichnen. Die Probleme allerdings bleiben. Und zum Selbstverständnis dieser Stadt gehört die Erwartung an gute Schulen.

Klassenfahrten
Ostfriesland – Nordsee – Inseln
5 Tage Halbpension ab 99,00 €
Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseltouren, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor
Sie buchen – wir organisieren alles Weitere!
Jugendwerk Brookmerland
Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27
www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Grundschullehrer/in heute:

Pädagogisches Multitasking in einem schwierigen Umfeld

Hans Brügelmann

■ Vor 35 Jahren habe ich zum ersten Mal Studienanfänger in das Lehramtsstudium für die Primarstufe eingeführt. Ihr Bild von Schule: Unterricht. Damals versuchte ich vor allem, ihren fachdidaktischen Blick zu erweitern: weg von der Fixierung auf eine klein- und gleichschrittige Vermittlung vorgegebener Inhalte hin zu einer sensibleren Wahrnehmung der spezifischen Sichtweisen von Kindern und ihrer individuellen Zugänge zu den Welten der Schrift und der Zahlen.

Für diesen Winter habe ich wieder einen Lehrauftrag für Erstsemester übernommen. In meiner Einführung in die Grundschulpädagogik wird es aber um ganz andere Themen gehen, vor allem um Veränderungen in den Lebenswelten der Kinder und ihre Bedeutung für Schule als zukünftigem Arbeitsplatz der jungen Lehrer/innen. Sie stehen heute vor ganz anderen Anforderungen als vor 30, 50 oder 100 Jahren. Im Grundschulverband, dem Fachverband für Grundschulentwicklung, wird zurzeit intensiv an einem »Standpunkt: Arbeitsplatz Schule« gearbeitet. Schaut man sich die Entwürfe an, fällt ebenfalls auf, dass das sog. »Kerngeschäft Unterricht« nur einen vergleichsweise geringen Raum einnimmt. Es dominieren Themen wie Ganztag, Inklusion, Übergänge, Schulentwicklung und Elternarbeit. Grundschule als Lernort und Arbeitsplatz.

Sicher: Auch heute gilt der Unterricht als »Kerngeschäft« der Grundschule. Schon da haben die Ansprüche an die Profession erheblich zugenommen. Denn von einer Grundschullehrer/in wird heute fachlich mehr verlangt als früher. Man nehme nur das aktuell brisante Thema »Rechtschreibung« (vgl. die Beiträge in: Brinkmann 2015). In der Fachdidaktik werden die Kolleg/inn/en konfrontiert mit linguistischen Kontroversen über unterschiedliche orthographische Theorien, die jeweils Geltung für den Unterricht beanspruchen. Auf der anderen Seite geht es um deren Aneignung durch die Kinder und konkurrierende Lerntheorien zu deren Erklärung. Neben der Psychologie meldet sich zudem immer lauter die Hirnforschung zu Wort, die sich unter Etiketten wie »Neurodidaktik« – wenn auch manchmal mit obskuren Ideen – direkt auf Schule bezieht. Aus der Bildungsforschung werden Studien zugunsten bestimmter Methoden ins Feld geführt, deren statistische Kennwerte immer komplexer werden. Professionalität verlangt, sich mit all‘ diesen Theorien, Befunden und Konzeptionen auseinanderzusetzen – und sei es über die Lektüre von Zusammenfassungen. Aber selbst eine kursorische Lektüre der Sekundärliteratur ist anspruchsvoll und beansprucht viel Zeit und Aufmerksamkeit. Rechtschreibung wiederum ist nur ein Feld des Sprachunterrichts – und dieser seinerseits nur eines der meist drei oder vier Fächer, die eine Grundschullehrerin unterrichtet und in denen sie sich auf dem Stand der fachlichen Diskussion halten soll. Hier den Überblick zu behalten ist Voraussetzung, aber auch nur eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Alltagsarbeit.

Die besteht im pädagogischen Umgang mit Kindern. Die heterogenen Lebensbedingungen und Lernvoraussetzungen und zugleich eine höhere pädagogische Sensibilität für die Bedürfnisse des einzelnen Kindes stellen auch in methodischer Hinsicht neue Anforderungen an die Grundschule. Schulanfänger unterscheiden sich in fachbezogenen wie auch in ihren persönlichen und sozialen Voraussetzungen um etwa drei Entwicklungsjahre. Durch Migration und durch die Öffnung der Grundschule für Kinder mit besonderem Förderbedarf erweitert sich dieses Spektrum. Unter dem Anspruch der Inklusion bedeutet das nun nicht, Kinder mit immer unterschiedlicheren Voraussetzungen in ein Einheitscurriculum einzubinden, sondern den Unterricht zu öffnen für unterschiedliche Lernwege (vgl. Brügelmann 2005; Peters/ Widmer-Rockstroh 2014). Das verlangt ein differenziertes methodisches Repertoire der Lehrperson und deren situative Anpassung und es verändert ihre Rolle: hin zur individuellen Lernbeobachtung und Lernbegleitung – im Sinne einer »pädagogischen Leistungskultur« (vgl. Bartnitzky u. a. 2005ff.).

Betrachtet man Bilder der Volksschule aus früheren Jahrhunderten, sieht man den Lehrer entweder in Belehrungssituationen 1:1 oder vor einer frontal auf ihn ausgerichteten Klasse. Die Vielfalt von Arbeits- und Sozialformen, wie sie Reformpädagog/inn/en in den 1920er Jahren eingeführt haben, bestimmt erst heute in größerem Umfang den Unterricht. Die digitalen Medien eröffnen dabei neue Möglichkeiten, setzen aber auch besondere didaktische und technische Kompetenzen – und eine angemessene Ausstattung voraus (vgl. Irion u. a. 2015). Darüber hinaus verlangt die UN-Kinderrechtskonvention eine noch tiefer greifende Veränderung der Lehrerrolle: auch im Unterricht die Vorstellungen der Kinder ernst zu nehmen und sie an Entscheidungen zu beteiligen – individuell in Arbeitsformen wie Freiarbeit, aber auch institutionell in Form eines Klassenrats oder eines Schülerparlaments (vgl. Backhaus u. a. 2008; Krappmann u. a. 2015).

Inhaltlich fundierte und methodisch versierte Unterstützung für Kinder beim fachlichen Lernen ist das eine. Statt nur von 8 bis 13 h zu unterrichten sind Grundschullehrer/innen heute aber verantwortlich für eine Ganztagsschule, die neue Möglichkeiten für die pädagogische Arbeit eröffnet, zugleich ganz neue Anforderungen an die Gestaltung des Schultages stellt (vgl. Burk/ Deckert-Peaceman 2006). Lehrer/innen sind damit als Mitwirkende in der Organisationsentwicklung gefordert, vor allem aber in der Kooperation mit

Prof. Dr. Hans Brügelmann ist Fachreferent für Qualitätsentwicklung im Grundschulverband

anderen Berufsgruppen innerhalb und Institutionen außerhalb der Schule (vgl. de Boer/ Peters 2011). Im Team zu arbeiten kann durchaus entlasten. Aber es bedeutet auch Austausch und Absprache und damit einen deutlich höheren Zeitaufwand. Multiprofessionalität lässt sich nicht additiv verwirklichen: Jahrgangs-, Fach- und Förderkonferenzen, Team- und Steuergruppensitzungen, Besprechungen wegen einzelner Kinder mit Jugendamt, Kinderärztin und verschiedenen Therapeut/inn/en… Das verlangt Zeit. Vor allem Kindern mit weniger Unterstützung von Zuhause soll die (Ganztags-)Schule helfen, ihre Bildungsmöglichkeiten besser zu entfalten. Angesichts der oft prekären Lebensverhältnisse sind Lehrer in hohem Maße auch sozialpädagogisch gefordert (vgl. Ellinger u. a. 2013), vor allem wenn Kinder ihre Lebensprobleme mit in die Schule bringen und mit ihren Regeln und Anforderungen nicht zurechtkommen (vgl. Hecker u. a. 2012).

Dabei steht die Grundschule noch stärker als die anderen Schulformen in der Spannung von Individualisierung und Standardisierung (vgl. Brügelmann 2015). So fordert die KMK (2015, 5, 26) unmissverständlich: »Ausgangspunkt des gemeinsamen Lernens und Lebens in der Grundschule bildet die vorhandene Vielfalt. (…) Jedes Kind ist einzigartig, jedes Kind ist anders. Das bedeutet, dass auch jeder Bildungsprozess einmalig ist. Lehrerinnen und Lehrer unterstützen das Kind, seinen eigenen Lernweg zu finden, und beziehen es in Entscheidungsprozesse ein«. Gleichzeitig postuliert sie zeitlich gebundene »Standards« für die fachlichen Leistungen, an deren Erreichen – z. B. mit Hilfe der flächendeckenden Normtests von VerA – die Qualität der pädagogischen Arbeit von Lehrer/inne/n und Schulen gemessen wird: »Die Bildungsstandards beschreiben die Kompetenzen mit definierten Teilkompetenzen, die ein Kind am Ende der Jahrgangsstufe 4 in den Kernbereichen der Fächer Deutsch und Mathematik in der Regel erworben haben sollte.« (KMK 2015, 11) Die Spannung von Förderung und Selektion hat Lehrer/inne/n schon immer erschwert, den Kindern mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen gerecht zu werden. Heute, da einerseits die Eltern ihre Erwartungen an die individuelle Förderung ihres Kindes stärker geltend machen und andererseits standardisierte Tests den Vergleich forcieren, sehen sich viele Kolleg/inn/en daran gehindert, ihren eigenen pädagogischen Ansprüchen gerecht zu werden.

Dabei haben die Kultusminister vor wenigen Monaten in ihren »Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule« (KMK 2015, 26) entschieden formuliert:
»Letztlich ist für die Arbeit in der Grundschule der Blick auf das einzelne Kind Leitlinie allen Handelns. Die gesellschaftliche Wertschätzung der Grundschule drückt sich in der Sicherung der dafür notwendigen Ressourcen aus. Gemeinsam tragen Familien, Bildungseinrichtungen, gesellschaftliche Gruppen und Politik Verantwortung für eine solidarische Kultur des Aufwachsens und für Bildung.« Damit hat sich die Politik selbst in die Verantwortung genommen. Hoffentlich vergisst sie diese Selbstverpflichtung nicht, wenn es um den nächsten Bildungshaushalt und ganz konkret um die Stellenversorgung und Ausstattungspläne geht. Denn die Grundschule ist immer noch unterfinanziert: im internationalen Vergleich zur Primarstufe in anderen Ländern wie im nationalen Vergleich zu den »höheren« Schulen (vgl. OECD 2014, 284) – ein für eine demokratische Gesellschaft unverzeihliches Relikt ihrer historischen Herkunft aus der Schule für die unteren Schichten, zu dem die Zeitschrift betrifft:erziehung bereits vor fast fünfzig Jahren die nebenstehende Karikatur veröffentlichte…

Fazit: Das Anforderungs- und Aufgabenspektrum der Grundschule ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen deutlich vielschichtiger geworden. Damit sind die individuelle Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen ihr Engagement in gemeinsamer Entwicklungsarbeit gefordert. Diese kann aber nur bei angemessener Ausstattung der Schulen erfolgreich sein. Zu ihr gehören: die räumliche Gestaltung, die Personalzuweisung, die zeitlichen Ressourcen für Kooperation und Beratung sowie Unterstützungssysteme für Schulentwicklung.

»Hauptsache, das Haar sitzt …, aus dem Alltag einer Super-Lehrerin«

Das war der Titel einer kabarettistischen Lesung von Regina Meyer auf der Personalversammlung für Grundschullehrkräfte in Bremen am 09. Juni 2015. Dieser Beitrag, der sehr gut zu Hans Brügelmanns Ausführungen passt, war leider zu lang für dieses Heft. Er kann aber auf der Homepage der BLZ nachgelesen werden. Ebenso ist dort Hans Brügelmanns Literaturverzeichnis zu finden.

Die BLZ-Redaktion in den neunziger Jahren (v.l.n.r.): Knut Düwelhenke, Gaby Thienken, Ingrid Emmenecker, Barbara Leysieffer, Ferdinand Berghorn. Fotografiert von Siegfried Nauhaus

Nachruf auf Knut Düwelhenke

Knut Düwelhenke, Autor der »Peinlichen Verse« und früheres Mitglied der Redaktion der »BLZ – Bremer Lehrer Zeitung«, ist im November 2015 im Alter von 67 Jahren verstorben. Koll. Düwelhenke hatte an der pädagogischen Hochschule in Bielefeld studiert und sein Lehrerdasein 1973 an der Herderschule in Bad Pyrmont begonnen. 1983 trat er in den bremischen Schuldienst ein und war seit 1984 Lehrer für Englisch und Geschichte an der Erwachsenenschule in Bremen. Dort hat er als Lehrer seine eigentliche Berufung gefunden und seine Tätigkeit mit Erfolg und Befriedigung ausgeübt, bis er 2007 infolge einer schweren Erkrankung aus dem aktiven Dienst ausscheiden musste. Schon früh zeigten sich seine literarischen Neigungen. Die deutsche Lyrik wurde zu seiner großen Leidenschaft, insbesondere aber in der Form des politischen Kabaretts. Lebensfreude, gepaart mit Humor und Witz, war kennzeichnend für seinen Umgang mit sich und der Welt. Für die »BLZ – Bremer Lehrer Zeitung« hat er jahrelang eine eigene Seite gestaltet, die er mit Ironie und Satire ausgestattet hat – und eben auch mit den bereits genannten »Peinlichen Versen«, die den geneigten Leser stets zum Schmunzeln und Nachdenken angeregt haben. Als intelligenter Lehrer stand er politisch links, eine Haltung, die nicht immer gern gesehen war. Er liebte das politische Kabarett und speziell Franz Josef Degenhardt. Paradebeispiel war für ihn das Lied »Wenn der Senator erzählt…«. Kollege Düwelhenke hatte also durchaus einen eigenen Kopf, liebte das genaue Hinschauen, das selbstständige Denken und Hinterfragen von Selbstverständlichkeiten. Herzensbildung war ihm wichtiger als eine Menge Einser-Noten im Zeugnis. Er war der Meinung, dass kleine Sünden im Leben erlaubt und manchmal auch erwünscht sind. Für Spiele jeder Art hegte er eine große Leidenschaft. So sind denn seine »Peinlichen Verse«, die inzwischen in 5 Bänden vorliegen, Ausdruck seines liebevollen Spiels mit Worten und Begriffen und eine Huldigung an die Vielfalt der deutschen Sprache. Ferdinand Berghorn

Institut für
Chinesische Medizin
DRK Kreisverband Bremen e.V.
Friedrich-Karl-Str. 55 · 28205 Bremen
Telefon 0421 · 699139-0

Mehr als Akupunktur ...
unser chinesisch-deutsches Team stellt die persönliche Betreuung in den Mittelpunkt der Therapie.

Internet www.chinesisches-institut.de

Dr. Tanja Zeyn
Ärztliche Leiterin

Dr. Yijun Deng
Chinesischer Mediziner

Wir behandeln:
- Schmerzerkrankungen
- Innere und neurologische Erkrankungen
- Beschwerden ohne organischen Befund
- Orthopädische Beschwerden
- Gynäkologische und psychosomatische Störungen
- Allergien und Hauterkrankungen

■ Auf Einladung der Bremer Bundestagsabgeordneten Birgit Menz

GEW-Senioren/-innen in Berlin

Gerd Bronsema, Hannes Pilger

(Die Linke) nahmen 41 Kollegen/innen des Arbeitskreises der Senioren vom 23.-25.09.2015 an einer Tagung für politisch Interessierte in Berlin teil.

Unmittelbar nach unserer Ankunft fand ein Informationsgespräch mit einer Referentin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Gebäude des Bundes- und Informationsamtes der Bundesregierung statt. Die Referentin erläuterte die Organisationsstruktur des Ministeriums sowie dessen inhaltliche Schwerpunkte und aktuelle Gesetzesinitiativen. Der Themenkreis »Seniorenpolitik« wurde leider kaum bedacht.

Der ca. einstündige Besuch einer Plenarsitzung im Bundestag (zu einer Gesetzesvorlage der Linken über unbefristete Arbeitsverträge) bot – bei spärlicher Teilnahme von Parlamentariern – in Rede und Gegenrede einen Einblick in die Routine der Parlamentsarbeit. – Unsere sich anschließende »Exkursion« in die Kuppel des Reichstagsgebäudes, von der aus man einen prächtigen Rundblick über weite Teile Berlins hat, ist durch das auf dieser Seite abgebildete Foto »dokumentiert«.

Auch die Begegnung mit Frau Menz, die erst seit März 2015 als Nachrückerin für die aus Krankheitsgründen ausgeschiedene Abgeordnete Agnes Alpers, Bremer Mitglied des Bundestags ist, fand im Reichstagsgebäude statt. Sie ist u.a. Vollmitglied im Ausschuss für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit; seit 1997 in Bremen wohnhaft, engagierte sie sich vor Ort u.a. im Beirat östliche Vorstadt und im Friedensforum. – Die Aussprache mit Frau Menz war u.a. durch große Offenheit geprägt. So lobte sie etwa den gegenwärtigen Papst wegen seiner grundsätzlichen Kapitalismuskritik und seiner Position in der Ökologiedebatte. – Kritisch kommentierte sie die zu dem Zeitpunkt (24.09.) bevorstehenden Feiern zur 25-jährigen Wiederkehr der Wiedervereinigung am 03. Oktober – u.a. mit Hinweisen auf die ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den »neuen« Bundesländern.

Sehr informativ war auch das Treffen in der Bundesgeschäftsstelle der Linken im Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxenburg-Platz. Schon der Abriss zur Geschichte des Hauses, den uns eine Referentin vortrug, war beeindruckend. Das Liebknecht-Haus spiegelt im Kern wesentliche Stationen der bewegten und auch widersprüchlichen deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wider – vom Bau des Hauses als Sitz der KPD von 1926-1933, über die brutale Besetzung der Nazis 1933 bis zur Zerstörung 1945, dem Wiederaufbau Anfang der 50er Jahre bis zum Aufbau zur Geschäftstelle und Parteizentrale der PDS 1991 und der heutigen Linken. – Sehr informativ waren auch die Ausführungen der Referentin zur Geschichte und Struktur der Linken sowie zu ihren gegenwärtigen politischen Schwerpunkten.

Auf Aspekte der Geschichte der DDR und der deutschen Teilung bezogen sich unsere Besuche im Stasi-Museum und im sog. Tränenpalast, der Übergangsstelle am Bahnhof Friedrichstraße. – Die sehr sachlich und informativ angelegte Führung durch das Stasi-Museum erfolgte durch einen Betroffenen; er trug u.a. Passagen aus seiner eigenen Stasiakte vor. Nicht zuletzt durch den Gang durch das Büro und die Sitzungsräume des langjährigen Ministers Erich Mielke wurden wir anschaulich mit Praktiken der Nachforschung und Zersetzung durch die Stasi konfrontiert.

Der »Tränenpalast« stellt in seiner Ausstellung anhand von Objekten, Biografien und Interviews punktuell den Alltag der deutschen Teilung und Stationen des Einigungsprozesses dar. Beim Gang durch eine Durchgangsschleuse erinnerten sich manche Kollegen/innen an eigene mehr oder weniger emotional berührende Erlebnisse beim Grenzübergang bis 1989.

Die zwei je ca. 1 1/2-stündigen Stadtrundfahrten wie auch die Anfahrten mit dem Bus zu unseren jeweiligen Besuchsstationen wurden kenntnisreich geleitet und erläutert von Frau Sigrid Bloß vom Verband der Berliner Stadtführer. Die Busfahrten führten uns an zentrale Schauplätze Berlins und ergänzten unser ohnehin volles Programm in sehr guter Weise.

Die Atmosphäre in unserer Gruppe war »munter und fidel«, aufgeschlossen, problemlos. Auch Unterkunft und Verpflegung im Hotel »Holiday Inn« in der Prenzlauer Allee waren ausgezeichnet.

Zum Schluss gilt es, einen mehrfachen Dank auszusprechen – an Ingrid Emmenecker als Vermittlerin der Tour, an die Bundestagsabgeordnete Birgit Menz und ihren Mitarbeiter vom Wahlkreisbüro Bremen, Dr. Rudolf Kossolapow, für die hervorragend funktionierende Organisation, an die sehr kompetente Reiseführerin vor Ort, Frau Sigrid Bloß, und den freundlichen, umsichtigen Busfahrer, Maik Wroblewski.

Buchtipps
Zusammengestellt von
Ingrid Emmenecker

Eine Weihnachtsgeschichte für Erstleser

Luise Holthausen

Das schönste Weihnachtsgeschenk der Welt

Duden-Leseprofi im Fischer-Verlag Frankfurt 2015, 7,99 €

Kurz vor Weihnachten steht der Paketbote vor der Tür. Ob er Geschenke für Luca und Emmi bringt? Nein, das Päckchen ist falsch zugestellt! Die Kinder machen sich auf die Suche nach der wahren Empfängerin. Aber warum freut sich die alte Dame kein bisschen?

Der Autorin ist wichtig:

- Lesemotivation durch Erfolgserlebnisse
- Nach aktuellen Grundlagen der Leseförderung
- Mit Leserätseln und Lesezeichen als Lösungsschlüssel
- Zusätzliche Überraschung zum Downloaden
- Von pädagogischer Fachberatung geprüft

Extra: Lesezeichen als Lösungsschlüssel Em.

Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!

Kurt Tucholsky

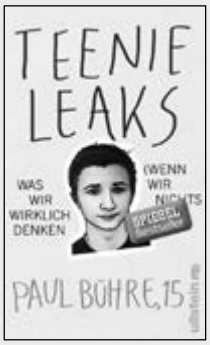
Rolf Gössner (Hrsg.)

Mutige Aufklärer im digitalen Zeitalter Carl-von Ossiertzky-Medaillen an Edward Snowden, Laura Poitras und Glenn Greenwald

Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin 2015

Edward Snowden hat mit seinen Enthüllungen die umfangreichste Überwachung aller Zeiten aufgedeckt. Für seine Zivilcourage zeichnete ihn die Internationale Liga für Menschenrechte mit der Carl-von Ossietzky-Medaille aus. Die Liga ehrte auch die Filmregisseurin Laura Piutras und den Journalisten Gleen Greenwald, die mit der Publikation von Snowdens Erkennissen betraut sind. So konnte das ganze Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt werde.

Es handelt sich um eine Publikation der Internationalen Liga für Menschenrechte, in der sämtliche Beiträge und Erklärungen rund um die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaillen 2014 sowie weitere Dokumente, u.a. zur Strafanzeige von Liga, ChaosComputerClub und Digitalcourage in Sachen NSA-BND gegen Geheimdienst-Verantwortliche und Bundesregierung, versammelt sind. Em.



Vielleicht hat sich die Welt der Pubertierenden trotz Dauerverkabelung nicht so viel verändert?

Paul D. Bühre

Teenie-Leaks
Was wir wirklich denken (wenn wir nichts sagen)

Distribook Berlin 2015, 16,99 €

So kann es gehen. Eigentlich wollte Paul mal Comiczeichner oder Lehrer werden »damit Schule nicht so langweilig ist«. Doch ein Praktikum beim Zeitmagazin macht ihn mit 15 schon zum Bestsellerautor.

»Was wir wirklich denken, (wenn wir nichts sagen«) verspricht schon im Buchtitel Enthüllungen (Leaks) über eine Welt, die vielen Erwachsenen verschlossen scheint: Die Pubertät im digitalisierten Zeitalter. Und wirklich: Wer fragt sich nicht, was in den überwiegend verkabelten Köpfen der Teenies von heute vor sich geht?

Fern aller Hypothesen von Pädagogen und Eltern kommt mit Paul Bühre hier ein echter Insider zu Wort und beantwortet brisante Fragen, auf die Erwachsene im direkten Kontakt mit der Jugend oft nur Schweigen ernten »weil wir maulfaul und zickig sind, wenn sie mit uns reden wollen.«

Mit einer Prise Humor räumt Gymnasiast Paul anhand einer breiten Palette von brisanten Themen mit vorgefassten Meinungen über die heutige Pubertät auf. So erfahren wir mehr über die große Bedeutung von sozialen Netzwerken auf dem Smartphone und lernen wirklich mitzureden in Sachen Computerspielen. Der 15jährige traut sich aber auch ganz unverkrampft an komplexe Klassiker, die wir noch aus unserer eigenen Pubertät kennen:

Nämlich den Kampf um die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, um Mobbing in der Schule, Weltschmerz aber auch Alkohol, Drogen und sogar Pornos. Dabei steht die spezifische Perspektive der Jungen im Vordergrund, denn Mädchen, und daran hat sich im Laufe der Zeiten wohl nichts verändert, erscheinen auch bei Paul immer noch als die rätselhaften Wesen, die kein Junge dieser Altersgruppe richtig einzuschätzen vermag: »Wenn dich ihre Eltern mögen, ist alles vorbei, jedenfalls in unserem Alter«. Mit erfrischender noch locker kindlich anghauchter Leichtigkeit vertraut uns Paul Beobachtungen und persönliche Gedanken an, gewährt uns Zutritt in seinen persönlichen Alltag als angeblich mäßig motivierter Schüler eines Gymnasiums, verständnisvoller Kumpel, manchmal genervter Sohn eher toleranter Eltern »im Vergleich zu anderen habe ich echt Glück gehabt« und oft genervter, aber liebender großer Bruder. Persönliche Erlebnisse, typische kommunikative Engpässe und gruppendynamische Peinlichkeiten erscheinen in imspritzigen Dialogen, die teils in ihrer Übertreibung der Charaktere gut zu den selbstgezeichneten Karikaturen passen (Die Namen angeblich abgeändert, um niemanden bloßzustellen).

Doch nirgends wirklich Anklage. Vielmehr durchzieht das Buch im Stil eines einfühlsamen Schulaufsatzes ein Plädoyer für mehr Verständnis gegenüber den Unvollkommenheiten aller »Parteien«. Und hier bezieht er sich mit ein, will sich an keiner Stelle als über allem stehenden Helden profilieren. Im Gegenteil überwiegen die Fragen, und das macht ihn so sympathisch.

Einschränkend muss bei allem Beifall zu dem Buch gesagt werden, dass es sich hier um den persönlichen Lebensausschnitt eines sich selbst als »pflegeleicht« beschreibenden Gymnasiasten aus sogenannten unproblematischen Familienverhältnissen handelt.

Zu spezifischen Problemen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder in sozialen und psychischen Brennpunkt Situationen hat der Autor wohl keinen Kontakt. So kann dieses Buch zwar eine Annäherung zwischen den Generationen fördern, aber nicht als allgemeingültige Studie für den Pubertätsalltag in Deutschland dienen. Auch geht es hier verständlicherweise vor allem um die spezifischen Bedürfnisse und Befindlichkeiten von Jungen.

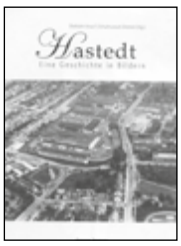
Zusammenfassend fällt auf, dass sich im Laufe der Zeiten so vieles gar nicht geändert zu haben scheint und die Welt der heute Pubertierenden trotz Dauerverkabelung nicht so verschlossen ist, wie sie scheint. Kann es sein, dass wir Erwachsenen das einfach nur vergessen haben? Regina Krause

Vom Bauerndorf zum Industriestandort

Diethelm Knauf/Schulmuseum Bremen

Hastedt – Eine Geschichte in Bildern

Temmen-Verlag, Breme 2015, 19,90 €



In Zehn Kapiteln befasst sich Diethelm Knauf unter anderem mit den bäuerlichen Ursprüngen, der infrastrukturellen und industriellen Entwicklung aber auch der Ausbildung, Freizeitgestaltung und politischen Teilhabe der Hastedterinnnen und Hastedter. Wichtige Markierungspunkte wie die Hastedter Dorfkirche, Westfalensiedlung, Goliath, Lloyd-Dynamo, E-Werk oder jüdischer Friedhof ermöglichen die Spurensuche und geben Aufschluss über die alte Struktur des Ortsteils. Das Buch setzt sich kritisch mit den Fragen auseinander, wie die Industrialisierung Wirtschaft, Gesellschaft und den Alltag der Menschen radikal änderte und wie eine Stadtplanung der Nachkriegszeit den damals homogenen Ortsteil derart verfremdete, dass heute kaum jemand weiß, wo er beginnt und aufhört. Das sorgfältig ausgewählte Foto- und Kartenmaterial aus der Sammlung des Schulmuseums Bremen, zum Teil bisher unveröffentlicht, kommentiert der Autor sehr informativ. Em.

Der verschleierte Blick

Wie Menschen ihre Wirklichkeit verkennen

Eine Ideologiekritik

Erwin Jürgensen

PapyRossa Verlag, Köln 2015, 14,00 €

Deutsche Befindlichkeiten – Was bewegt die Gesellschaft in Deutschland? Wie ist der Stand der Wissenschaften und wie das Bewusstsein der Menschen verortet? Die Forschung von morgen und die Köpfe von gestern – gibt es historische Verwerfungen? Menschen machen sich Bilder – von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Bilder, die Halt geben. Was aber, wenn die Vorstellungen, die damit verbunden sind, verfallen? Das neue Buch von Erwin Jürgensen ist ein Leitfaden für das ideologiekritische Denken. Wer seine Schülerinnen und Schüler ermutigen will, die richtigen Fragen nach den Ursachen falscher Verhältnisse zu stellen, findet hier eine Orientierungshilfe.

Der Autor untersucht Angst als Folge von Überforderung, die Widersprüche der Kindheit, die Konflikte der Jugend, Verhältnisse von Ohnmacht und Gewalt, Bildung als Wagnis des politischen Denkens, die Macht der Medien und die Probleme der Integration und Ausgrenzung.

Jürgensen folgt den Ideen der Aufklärung und will hinter den Erscheinungen das Wesen der Dinge und der Selbstbilder erfassen. Aufklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Befindlichkeiten der Menschen. Reflexion und Selbstreflexion – die Wege gedanklich zurückgehen, um Klarheit für die Gegenwart zu erlangen. Wie sind das eigene Ich und die Gesellschaft entstanden und beides in Wechselwirkung zueinander? Welterkenntnis und Selbsterkenntnis als Zielbestimmung zur Gestaltung einer humanen Zukunft.

Im Mittelpunkt stehen Fragen, die für die Schule von besonderer Bedeutung sind:

Wie entsteht falsches Bewusstsein, das die Wirklichkeit verkennt und die Verhältnisse ungeprüft rechtfertigt?

Wie wirken sich Weltanschauungen, Familienbilder und Erziehungsvorstellungen, Geschichts- und Zukunftsbilder auf die Entwicklung junger Menschen aus?

Verlieren Erwachsene ihre Autorität, wenn sie Kindern und Jugendlichen gegenüber Fehler eingestehen oder zugeben müssen, dass auch sie keine Lebensgewissheit haben? Gehört die Strafe unweigerlich zur Erziehung?

Alle Aussagen werden an praktischen Erfahrungen der Alltagswelt belegt.

Der Verfasser schließt das Buch mit einem praxisorientierten Lexikon ab, in dem Begriffe wie Aggression, abweichendes Verhalten, Autorität, Diskriminierung, Familien- und Frauenbild, Ich- und Du-Botschaften, Infotainment, Inklusion und Mobbing erklärt werden. Dieses Lexikon macht das Buch zu einem handlichen Nachschlagewerk, das im Unterricht eine große Hilfe sein kann.

Frank Behrens

«Wie lässt es sich leben, wenn der Glaube unsicher geworden ist?"

Margot Käßmann

Im Zweifel glauben

Herder-Verlag, Freiburg 2015, 19,99 €

Als Käßmann wegen einer Alkoholfahrt als EKD-Ratsvorsitzende zurücktrat, da bedauerten das nicht nur Christen. Eine selbstbewusste, medial gewandte Frau an der Spitze der Kirche, das gab's vorher und nachher nicht. Unserm damaligen Gel-Minister hatte sie ins Stammbuch geschrieben: »Nichts ist gut in Afghanistan.« Das neueste Käßmann-Buch löst eher zwiespältige Gefühle aus, aber es sind nicht solche, die, wie die Autorin darlegt, »im Zweifel« für den Glauben und die kirchlichen Rituale sprächen. WelcheR ernsthaft Zweifelnde wird nach der Lektüre täglich Luthers Morgensegen beten, wie es die Autorin am Schluss unter ihren »zehn ersten Schritten« ernsthaft propagiert? Doch eher ein Buch für die Treuesten der Treuen.

Ottmar Hinz

Förderdiagnostik

G. Thomé, D. Thomé

OLFA 3-9: Oldenburger Fehleranalyse für die Klassen 3-9, Instrument und Handbuch

3.,überarb. Auflage, isb-Verlag, Oldenburg, 2014, 18.80 €

Schulen auf der Suche nach förderdiagnostischen Rechtschreibtests haben mittlerweile die Qual der Wahl: Es gibt die Hamburger Schreibprobe (HSP), die Dortmunder Rechtschreibanalyse (DoRA) und die Aachener Förderdiagnostische Rechtschreibanalyse (AFRA), um nur einige zu nennen. Allen ist gemeinsam, dass sie nicht nur quantitative, sondern qualitative Aussagen über das Schreibvermögen des Kindes treffen. Dies tut auch die Oldenburger Fehleranalyse (OLFA). Ihre Besonderheit besteht darin, dass sie im Unterschied zu den üblichen Tests nicht mit Diktatwörtern arbeitet, sondern mit den Resultaten freien Schreibens. Das bedeutet einen höheren Zeitaufwand der Testung, der nach Auffassung der Autoren durch verschiedene Vorteile, etwa eine höhere Validität der Resultate, gerechtfertigt ist. Darüber lässt sich streiten. Ein großer Vorzug des vorliegenden Handbuchs besteht aber darin, dass der linguistisch fundierte Aufbau des Tests für Laien verständlich erklärt und seine Anwendung mit entsprechenden Übungen trainiert wird. Darüber hinaus finden sich Kopiervorlagen für die Testung. Für Lehrer, die den zeitlichen Aufwand nicht scheuen, eine bedenkenswerte Alternative.

Sönke Landt

Frischluft

■ Bremer Fremdenbetreuung 1a!
Das gläserne Atrium

Im Hotel Radisson regnet es nicht durch? Bremer Willkommenskultur auf höchstem Niveau! 200 Menschen werden im Hotel untergebracht. Das wird aber (Bremen) eine Menge kosten, obwohl Geld in diesem Artikel gar nicht vorkommt. Zahlt eh der Steuerzahler. Und ich lese: »Viel zu tun in der Protokollabteilung der Senatskanzlei. Selbstverständlich eine Sonderlage für die Sicherheitsbehörden. Viel Personal im Einsatz, Polizei mit erhöhtem Kräftebedarf. Hotel wird rund um die Uhr bewacht. Diensthundestaffel und Sondereinsatzkommando mit seinen Sprengstoffexperten. Objekte werden mehrfach durchsucht. Leichter zu bewachen, weil nur von zwei Seiten zugänglich. Großflächige Straßensperren wird es nicht geben. Das Hotel ohnehin exklusiv …gebucht. Das hier ist schon eine besondere Herausforderung. Urlaubssperre für die kommenden Tage. Arbeitsessen und Fototermine. Immer wieder ändern sich Details. Nicht, dass wir aus Versehen irgendwo jemanden vergessen.« Solch ein Aufwand für ein paar Zugereiste, aus anderen Ländern, super! Dann fiel mir erst auf, es ging gar nicht um die Flüchtlinge?! Die bleiben im Zelt und kriegen tolle Heizstrahler?

Im Radisson Blu tagt nur die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer. Mensch, hab ich nicht richtig gelesen und mein Gehirn hat wieder selbst gedacht.

Ist ja nochmal gutgegangen. Und alles hat seine gewohnte Ordnung! Und hat bestimmt allen Spaß gemacht. Und? Weiß einer aus der Journaille von ZDF, ARD, WK… was der Spaß an Steuergeld gekostet hat? Nein! Und welche Ergebnisse hatte das Treffen? Keine? Egal!

Wilfried Meyer
(Grundlage: Kurze Wege für die Länderchefs, Weserkurier, Di, 6.10. Seite 9)

Leserbrief

Medienkompetenz in Schulen

■ *In der Debatte um Medienkompetenz werden in der Regel bestimmte Fragen kritisch beleuchtet: Datenschutz, Mobbing, »Abzocke«, Suchtgefahr.*

Manchmal auch Aspekte der Gehirnentwicklung und der Entwicklungspsychologie.

Was aber gerade da fehlt, wo es um die geplante weitere Digitalisierung an Schulen geht, sind Fragen des Strahlenschutzes. Ist es etwa nur eine finanzielle Frage oder eine der praktischen Zugänglichkeit, ob man per WLAN oder per Kabel ins Internet geht?

Man hat lange gebraucht, um die Risiken durch Asbest, Lärm, Rauchen usw. wahrzunehmen und die warnenden Stimmen in der Konkurrenz zu Wirtschaftsinteressen ernst zu nehmen.

Die längst vorliegenden Kenntnisse über die Wirkungen von Elektrosmog werden noch weitgehend verdrängt. Allein zu WLAN gibt es Erkenntnisse aus über 50 Studien, die »nachweisen, dass die Belastung zu Konzentrationsstörungen, Kopfschmerzen, ADHS, Spermien- schädigung bis hin zu DNA-Strangbrüchen und damit zu Krebs führen kann.« (Anm. 1).

Hinzu kommt die Strahlung aus den körpernahen Endgeräten, die dann wohl in großer Zahl im Klassenraum auf Empfang sind bzw. genutzt werden.

Die Grenz- und Richtwerte (wie SAR) sind nicht auf dem aktuellen Wissensstand. Sie sind nicht am kindlichen Organismus orientiert. Sie berücksichtigen keine Langzeitwirkungen.

Wo man mit der Digitalisierung in der Schule schon weit vorangegangen ist, liegen bereits Erfahrungen vor, die zur Zurückhaltung mahnen. (S. Kanada: Anm. 2).

Eine ganze Schülergeneration zu Versuchskaninchen zu machen ist unverantwortlich.

Wir brauchen statt dessen eine Bildungspolitik, die auf dem Stand heutigen Wissens ist und ihre Fürsorgepflicht ernst nimmt, statt die aus der Versteigerung von Lizenzen gewonnenen Einnahmen in die Anschaffung von Mobilfunkmedien für Schulen zu stecken. Wir brauchen Medienfachleute, IT-Berater in Schulen, die ihren Kenntnisstand in die Biologie erweitern.

Um die aktuelle Lebenssituation, auch im Sinne von Nachhaltigkeit, richtig einzuschätzen müssen die Kenntnisse von den Lebens- und Zellvorgängen über die biochemischen Vorgänge endlich bis in die Biophysik hinein erweitert werden (Anm. 3).

Nicht ohne Grund hat man im »St. Galler Whireless« öffentliche WLAN-hot-spots eingerichtet, die eine größere Datenübertragung mit verminderter Strahlenbelastung kombinieren und so auch das Recht auf Unversehrtheit der Wohnung der Anwohner beachten. Damit hat man eine Erhöhung von Grenzwerten vermieden (Die Grenzwerte sind in der Schweiz um den Faktor 100 niedriger als in Deutschland).

Die Konkurrenz sollte nicht heißen: Wo gibt es schon mehr freies WLAN? Sondern: Wo wird Strahlung effektiver vermieden?

Eine solche Erweiterung des Begriffs Medienkompetenz wird Medienmündigkeit genannt (Anm. 4).

Heide Roaten

Anm.1 und 4: Landtag Südtirol – Anhörung Mobilfunk. Digital und kabellos lernen – Faszination mit Nebenwirkungen. 29. 4. 2015

Anm. 2: Videos auf: www.youtube.com/user/saferschool#p/u »WI-FI in schools proven dangerous«; »WI-FI in schools«; »Children speak out on WI-FI symptoms«

Anm. 3: Siegfried Kiontke: Tatort Zelle. Wie Elektrosmog-Attacken unseren Organismus bedrohen. VITATEC Verlagsgesellschaft 2014

www.awb-bremen.eu

»Schulden«

»Beklagte man ehemals die Schuld der Welt, so sieht man jetzt mit Grauen auf die Schulden der Welt.«
Arthur Schopenhauer

»Weisheit«

»Gib mir Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich zu ändern vermag, und gib mir die Weisheit, das eine vom andern zu unterscheiden.«
Friedrich Oetinger

belladonna

www.belladonna-bremen.de
Januar 2016

(Urlaub vom 21.12.15 - 05.01.16).
14.01.2016, 18.00 - 20.00 Uhr, Interkultureller Austausch: **»Bei der Nachbarin zu Gast«**. Muslimische und frauenbewegte Frauen, Haus Sonnenstr. 8, 28203 Bremen, mit Halime Cengiz. Auch am 17.03.2016, aber in der Mevlana-Moschee.
22.01.2016, 18.00 - 21.00 Uhr, 23.01.2016, 10.00 - 18.00 Uhr, **»Von Null auf 100 - Persönliche Konflikte konstruktiv lösen«**, Seminar mit Anja Kenzler.
26.01.2016/ 02.02./ 09.02./ 16.02./ 23.02./ 01.03. (6 Termine) **»Abschied und Neubeginn - Autobiografisches Schreiben«**, jeweils von 19.00 - 21.15 Uhr, Kurs mit Prof. Dr. Helga Grubitsch.
27.01.2016, 19.00 - 22.00 Uhr, **»Sexismus ist nicht sexy - Frauenfeindliche Rollenbilder in der Werbung«**, Vortrag und Diskussion mit Stevie Schmiedel.
29.01.2016, 15.00 - 21.00 Uhr, 30.01.2016, 10.00 - 18.00 Uhr, **»Berufliche Perspektiven entwickeln«**, Seminar mit Nadja Plothe. **Info: Tel.: 0421-703534.**

»Buchprojekt von Jörg Wollenberg«

Band I: »Von Ahrensbök über New York nach Auschwitz und zurück. Spurensicherung hinter den Mauern des Vergessens.«
Band II: »Die andere Erinnerung und die Grenzen der Wahrheitsfindung. Ein Querdenker und Wahrheitsfinder auf Spurensuche.« Vorbestellungen an: wollenberg@uni-bremen.de

»Neofaschismus in Deutschland«

01.-19.02.2016 **Ausstellung** im Foyer des DGB-Hauses. Bremische Veranstalter sind Arbeit & Leben, DGB, GEW, Rosa-Luxemburg-Initiative, Universität /Fachbereich 9 und VVN-BdA. Auf 21 Tafeln im DIN-A-1-Format werden Ideologie des Neofaschismus, gesellschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe dargestellt. Besuch kostenlos. Führungen von Schulklassen und Besuchergruppen: Anmeldung über Raimund Gaebelein (0421) 6163215, **raygaeb@web.de**, 0176/4986 5184.
Eröffnung am Montag, den 01.02.2016, um 17:30 Uhr von Annette Duering, Vorsitzende der DGB-Region Bremen, und Dr. Axel Holz (Schwerin), Bundesvorsitzender der VVN-BdA.
Workshop zu »Sprache und Rassismus« mit Margrit Kaufmann (Uni Bremen) am Mittwoch, 03.02.2016. um 17:30 Uhr.
»Rechtspopulismus und Folgen, Ideologie und Auftreten der AfD in Bremen« mit Andreas Kemper (Münster) am Mittwoch, den 10. Februar um 17:30 Uhr.

Theaterpädagogik

12.01.2016, 17-19.00 Uhr, **Jour Fixe,** Kleines Haus.
02.02.2016, 17-19.00 Uhr, **Jour Fixe,** Kleines Haus.

MOKS - Dezember 2015

15.12.2015, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+.
16.12.2015, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, MOKS
17.12.2015, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, MOKS
18.12.2015, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, MOKS
19.12.2015, 16.00 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+ MOKS
20.12.2015, 16.00 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, MOKS
21.12.2015, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, MOKS

MOKS - Januar 2016

10.01.2016, 16.00 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
11.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
12.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
14.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
15.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
19.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
21.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
22.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
25.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS
26.01.2016, 10.30 Uhr, **»Nachtgeknister«**, 6+, MOKS

Bauhauskeller - Januar 2016

16.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+, Premiere.
17.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+.
24.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+.
27.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+.
28.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+.
30.01.2016, 19.00 Uhr, **»Rich Kids«**, 14+.

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Die Shakespeare Company«

11.12.2015, 19.30 Uhr, **»Wie es euch gefällt«**. Einführung um 19.00 Uhr.
12.12.2015, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**. Einführung um 19.00 Uhr.
13.12.2015, 11.00 Uhr, **»Der Teufel mit den drei goldenen Haaren«**. Auch am 16.12. - 17.12. - 20.12. und 21.12.2015
13.12.2015, 18.00 Uhr, **»Maria Stuart«**. Einführung um 17.30 Uhr.
15.12.2015, 19.30 Uhr, **»Schachnovelle«**. Bühne Cipolla.
16.12.2015, 19.30 Uhr, **»Romeo und Julia«**.
17.12.2015, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**. Einführ. 19.00 Uhr.
18.12.2015, 19.30 Uhr, **»König Lear«**. Einführung 19.00 Uhr.
19.12.2015, 19.30 Uhr, **»Ein Sommernachtstraum«**. Einführung um 19.00 Uhr.
20.12.2015, 18.00 Uhr, **»Warten auf Godot«**.
21.12.2015, 19.30 Uhr, **»Prunk und Pleite einer Unternehmer-Dynastie«.**
26.12.2015, 19.30 Uhr, **»Maria Stuart«**. Einführ. um 19.00 Uhr.
27.12.2015, 18.00 Uhr, **»König Lear«**. Einführung 17.30 Uhr.
28.12.2015, 19.30 Uhr, **»Wie es euch gefällt«**. Einf. 19.00 Uhr.
29.12.2015, 19.30 Uhr, **»Viel Lärm um nichts«**. Einf. 19.00 Uhr.
30.12.2015, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**. Einführ. 19.00 Uhr.
31.12.2015, 16.00 Uhr, **»Wie es Will gefällt«**.
31.12.2015, 21.15 Uhr, **»Wie es Will gefällt«**.
31.12.2015, 18.00 - 21.00 Uhr, **»Sylvestermenü im Falstaff«**. Reservierung: **mail@falstaff-bremen.de**. Ab 00.00 Uhr Tanz für jedermann. Eintritt frei. Info: Tel.: 0421-500333.

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

**Schöne Weihnachtsferien
und ein gutes neues Jahr
wünscht euch
Eure BLZ-Redaktion!**

Stadtverband Bremen

Januar 2016	
12.01.2016	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,** GEW Geschäftsstelle Bremen
14.01.2016	**Päd. Mitarbeiterinnen,** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
21.01.2016	**FG Inklusion & Sonderpädagogik,** 17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
26.01.2016	**AK Berufsbildende Schulen,** 17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen

Seminare

Seminar für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Dienstag 23.02., 09.00 bis 16.00 Uhr
DGB-Haus Bremen, Bahnhofsplatz 22-28
Leitung: Mitglieder des Personalrats Schulen
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 20 €)

Angekommen im Job?!
Die ersten Berufsjahre im Schuldienst stellen Lehrkräfte vor besondere Herausforderungen. Einige Aufgaben kann man gut bewältigen, andere sind sehr anstrengend. Das Seminar bietet die Gelegenheit, uns in netter Atmosphäre auszutauschen und uns gegenseitig zu unterstützen. Welche Tipps hast Du für »Anfänger_innen« und was kann die GEW für Dich tun?
Samstag 05.03., 10.00 bis 17.00 Uhr
Schlachthof, Findorffstraße 51, Uhrenzimmer
Leitung: Andreas Staets, Michal Mycik
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 40 €)

Gewerkschaftsarbeit an Oberschulen – Seminar (nicht nur) für Vertrauensleute
Ganztag, Inklusion, Korrekturberge, Präsenzzeiten – die Anforderungen steigen und steigen, die personelle Ausstattung nicht. Die Oberschule ist eine Säule des Schulsystems. Wo bleiben wir Pädagog_innen dabei? Werden wir den SchülerInnen noch gerecht? In dem ganztägigen Seminar wollen wir schulische Aufgaben, deren Sinn und daraus resultierende Folgen erfassen, reflektieren, uns austauschen und mögliche Handlungsstrategien im Alltag erarbeiten.
Dienstag 19.04., 09.00 bis 16.00 Uhr
GEW-Geschäftsstelle, Bahnhofsplatz 22-28
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Verpflegung

Bildungsurlaub für Pädagogische Mitarbeiter_ innen in der Schule: Interessenvertretung und meine Rechte am Arbeitsplatz Schule
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter_innen an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zu den Lehrer_innen aus? Welche Unterstützung brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Thema sind aktuelle Probleme und Konflikte am Arbeitsplatz, u.a.: Was darf ich – was muss ich? Mehrarbeit – was muss mir der Arbeitgeber zahlen/ausgleichen? Krank in den Ferien – was steht mir zu, was kann ich machen? In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Donnerstag 21.04., 09.00 bis 16.00 Uhr
DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28
Leitung: Hajo Kuckero
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)

Der wirksame Einsatz der Stimme
Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten am grundlegenden Zusammenhang zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So werden das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert: für müheloses, ausdauerndes, klangvolles und lebendiges Sprechen.
Samstag 23.04., 10.00 bis 17.00 Uhr
Leitung: Eva Niethammer
Kostenanteil 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)

Gesamtkonferenz und Schulkonferenz – was ist möglich, um Einfluss zu nehmen?
Eine Einführung in individuelle, kollegiale und institutionelle Rechte, Möglichkeiten und Grenzen von Gesamtkonferenz und Schulkonferenz. Themen: Rechtliche Grundlagen, thematische Handlungsfelder, konkrete Handlungsstrategien und alternative Handlungsmöglichkeiten bei Konflikten in den Konferenzen.
Dienstag 26.04., 09.00 bis 16.00 Uhr
Leitung: Hajo Kuckero
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)